SPD

BEZIRK BRAUNSCHWEIG

ORDENTLICHER BEZIRKSPARTEITAG

13.05.2023 | Goslar

BESCHLUSSBUCH

Inhaltsverzeichnis

Leitantrag

L1	Bezirksvorstand	Das Braunschweiger Land – sicher in unsicheren Zeiten	1

Arbeit und Wirtschaft

A1	UB Braunschweig	Gerechte Besoldung in Niedersachsen	9
A2	UB Wolfenbüttel	Schnelle Umsetzung von A13/E13 für Lehrer:innen an Grund-, Haupt- und Realschulen	9

Bildung/Ausbildung

B2	Jusos	Ausbildung in Erziehungsberufen vergüten	10

Feminismus

F1	Jusos	Spielzeug hat kein Geschlecht	10
F2	Jusos/ UB Braunschweig	Oben Ohne – Recht für alle Menschen	11

Finanzen

Fi1	Jusos	Breaking the (Block-)Chain	11
Fi4	UB Braunschweig/ Jusos	Die Schuldenbremse muss weg!	16
Fi5	UB Braunschweig	Krisenlasten gerecht verteilen	17

Gesundheit

G2	UB Braunschweig	Für einen Studienstandort für Hebammenwissenschaften in der Region	17

Inneres

I1	UB Braunschweig	Polizeizulage	18

Kommunales

K1	ASF	Einstellung von hauptberuflichen Gleichstellungsbeauftragten	18

Organisation

O2	UB Peine	#ParitätJetzt	19

Regionales

R1	UB Gifhorn	Stellenausbau der Betroffenenberatung Niedersachsen	19

Soziales

S1	UB Helmstedt	Gesetz gegen Lebensmittelverschmutzung	20
S2	UB Gifhorn	Sozialversicherung stärken, starke Schultern solidarisch einbeziehen	21

Umwelt

U1	Jusos	Wiiyyyyyld! – 3 Prozent Wildnis sind das Minimum für eine wilde Welt	21
U2	UB Wolfenbüttel	ASSE II – Standortvergleich und Rückholung des Atommülls	22
U3	UB Braunschweig	Entwicklung von Wärmekonzepten fördern	22
U4	Jusos	EECS-GoO-Handel verbieten	23

Verkehr

V1	UB Braunschweig	Unterstützung der Wiederaufnahme des Personenverkehrs auf der Bahnstrecke (Hbf) – Gliesmarode – Rühme – Wendeburg – (Celle)	23
V3	Jusos	Strategischr Ladeinfrastrukturausbau in Kommunen	24
V4	Jusos	Für die Gestaltung eines Radweges am Mittellandkanal und dem Stichkanal nach Salzgitter	24

Wirtschaft

W1	Jusos	Pissen für alle: Sanifair & Co enteignen	25
W2	Jusos	Housing first“ – Wohnen ist ein Menschenrecht aktive Bekämpfung von Obdachlosigkeit	25

Initiativantrag

Ini1	Bezirksvorstand	Kein Sparen auf Kosten junger Menschen	26

Anträge aus dem Jahr 2021
Beschlossen auf dem Bezirksparteitag 2023

Finanzen

Fi1	Jusos	Abschaffung der Schufa-Einführung einer staatlichen Wirtschaftsauskunft	27
Fi2	UB Peine	Für eine gerechtere Besteuerung von Kapitaleinkünften	27
Fi3	UB Peine	Gerechter Erben	28
Fi4	UB Braunschweig	Steuererleichterungen von Reperaturdienstleistungen	28

Gesundheit

G1	UB Peine	Bedarfsplanung für Psychotherapie an den tatsächlichen Bedarf anpassen	29

Kommunales

K1	UB Braunschweig	Änderung Niedersächsisches Kommunalwahlgesetz	29
K2	UB Braunschweig	„Life in the Hood“- Maßnahmen zur Rettung Der Kommunen	29

Organisation

O1	AG Queer	Papierlose Konferenzen	31

Soziales

S1	AfA	Verlängerung der langfristigen Sozialbindung auf geförderten Wohnraum	32
S2	UB Wolfenbüttel	Subsidiaritätsprinzip	32
S3	Juso	Verschwendung Vorbeugung- Containern legalisieren	32

Umwelt

U2	UB Braunschweig	Kein Import von Fracking-Gas – Brückentechnologie Erdgas -Priorität Für Entwicklung der Wasserstofftechnologie	33
U3	UB Wolfenbüttel	Vorhaltsgebiet Rohstoffgewinnung für Ölschiefervorkommen bei Schandelah und Hondelage aus dem Landesraumordnungsprogramm (LROP) streichen	33
U4	UB Wolfenbüttel	Keine Standortfestlegung für ein Zwischenlager ohne vorherigen Standortvergleich	34
U5	UB Wolfenbüttel	Die von der UN 2015 als „Agenda 2023“ beschlossenen 17 Nachhaltigkeitsziele auf allen Ebenen umsetzen	34

L1	Antragssteller*in: Bezirksvorstand	Weiterleitung an
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

Das Braunschweiger Land – sicher in unsicheren Zeiten

Leitantrag des SPD-Bezirks Braunschweig für die 20er Jahre

Präambel

Unsere Region zwischen Harz und Heide, zwischen Helmstedt und Hohenhameln, ist die forschungsintensivste Region Europas und wird von einem starken industriellen Kern geprägt. Gemeinsam mit den Menschen in unserer Region haben wir mit dazu beigetragen, dass wir diese Stärken haben. Darauf dürfen wir uns aber nicht ausruhen, sondern wir müssen weiter daran arbeiten, unsere Region zukunftssicher aufzustellen und die Strukturen weiterzuentwickeln.

Die SPD ist seit Jahren die bestimmende politische Kraft in unserer Region. Wir gestalten auf allen Ebenen mit und stehen an der Spitze von vielen Rathäusern. In einer Zeit der Krisen und des Umbruchs benötigen die Menschen Orientierung und eine verlässliche, klare Politik. Dafür stehen wir als SPD im Bezirk Braunschweig.

1. Zusammenarbeit in der Region

a) Regionalverband Großraum Braunschweig

Mit dem Regionalverband Großraum Braunschweig hat die Region eine kommunal getragene Organisation, die neben den Aufgaben der Regionalplanung und der Aufgabenträgerschaft für den ÖPNV vor allem Konzepte und Projekte mit regionaler Perspektive gemeinsam mit den Verbandsgliedern und Kommunen entwickelt und in die Umsetzung bringt. Mit der 2017 erfolgten Aufgabenerweiterung im Sinne dieses partnerschaftlichen Ansatzes wurde auch der Verbandsrat als Organ der Hauptverwaltungsbeamten im Regionalverband neu geschaffen.

Dieser hat die Möglichkeit, Entscheidungen zur Regionalentwicklung und zur Ausgestaltung des ÖPNV mitzugestalten. Entsprechend den gesetzlichen Möglichkeiten können die Verbandsglieder dem Regionalverband neben den bestehenden Aufgaben weitere übertragen.

Darauf aufbauend ist es unser Ziel, die Rolle des Regionalverbandes als regionale Klammer, Kümmerer, Initiator und Koordinator kommunaler Interessen mit einer von den Gebietskörperschaften gewünschten und zielgerechten Aufgabenerweiterung weiter zu stärken:

- Die Gebietskörperschaften sind angehalten, die gesetzlichen Möglichkeiten für eine zielgerechte Aufgabenerweiterung des Regionalverbandes zu nutzen, um die Entwicklung der Region weiter voranzubringen.

- Die bereits bestehenden Zusammenarbeitsstrukturen zwischen Regionalverband, Verbandsgliedern und Kommunen sind auf der Fachebene, um entsprechende Abstimmungsstrukturen auf politischer Ebene zu erweitern. Für weitere

Kompetenzübertragungen an den Regionalverband ist die Position des Verbandsrates zu stärken.

- Unsere leistungsfähige Wirtschafts-, Forschungs- und Kulturregion muss zügig ihre Attraktivität durch stärkeres Regionalmarketing hervorheben.

b) Modellregion für neue Raumordnung

Ein wichtiger Teil der sozialökologischen Transformation in unserer Region ist die Regional- und Raumplanung. Unsere Raumordnung soll für die Kommunen eine Entwicklungschance sein und insbesondere finanzschwachen Kommunen einen Anreiz für Weiterentwicklungen und gesündere kommunale Finanzen geben.

Für unsere Raumordnung fordern wir deshalb:

- Wir wollen Vereinfachung von langwierigen Planungs- und Genehmigungsprozessen. Unsere Region sollte hier als Modellregion neue Lösungswege und Instrumente für die Regional- und Raumordnung in Reallaboren erarbeiten und erproben.

- Ein besonderes Augenmerk liegt auf regionalen Teilgebieten, in denen mehrere Schutzgebiete aufeinandertreffen. Das parallele oder kumulierte Bestehen von Natur- und Landschaftsschutz, Trinkwasserschutz, Kultur- oder Welterbe erfordert besondere Aufmerksamkeit.

c) Braunschweigische Landessparkasse (BLSK)

Als SPD-Bezirk Braunschweig setzen wir uns für eine eigenständige Sparkasse ein. Eine eigene kommunale und regionale Sparkasse ist ein wichtiger Anker für die mittelständische Wirtschaft und die Menschen vor Ort.

Innerhalb der SPD-geführten Landesregierung wollen wir uns deshalb dafür einsetzen, dass die BLSK als moderne und zukunftsfähige Sparkasse frei von Konzernzwängen agieren kann. Für unsere Region soll die BLSK damit zu einer wichtigen Akteurin im Rahmen der Daseinsvorsorge in den Kommunen werden, die bisher über keine Sparkasse verfügen.

2. Gesundheitsvorsorge/Gesundheitsregion

Die gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels, die neuen Herausforderungen durch die Corona-Pandemie, der wirtschaftliche Druck auf die Krankenhauslandschaft und die Transformation der Gesundheitsversorgung sowie die sich verändernde Arbeitswelt wirkensich auf das Gesundheitswesen auch bei uns vor Ort in den Kreisen und Städten zwischen Harz und Heide nachhaltig aus. Das Patientenwohl in den Mittelpunkt zu stellen und eine wohnortnahe Versorgung einerseits sowie hochwertige Behandlungen andererseits dauerhaft in unserer Region sicherzustellen, ist unser erklärtes Ziel.

<u>Hierfür wollen wir:</u>

Eine regionale Gesundheitsplanung auf den Weg bringen und mit einer gemeinsamen Strategie die Fachkräftebindung und -gewinnung im medizinischen und pflegerischen Bereich entwickeln und steuern. Zudem soll eine jährliche Gesundheitskonferenz stattfinden. Die kommunalen Kliniken miteinander in Kooperation bringen und wo gewollt Rekommunalisierung fördern.

Braunschweig mit Universitätsklinikum für die Region (SKBS)

Der Bedarf an zusätzlichen Plätzen der Mediziner*innenausbildung ist niedersachsenweit groß und es besteht hoher Handlungsbedarf. Mit dem Städtischen Klinikum Braunschweig als zweitgrößtem niedersächsischen Krankenhaus wollen wir unseren Beitrag dazu leisten.

Wir werden das Städtische Klinikum Braunschweig im kooperativen Verbund mit den Krankenhäusern in der Region zu einem Universitätsklinikum weiterentwickeln. Bereits bestehende universitäre Angebote wie beispielsweise am Campus Wolfsburg wollen wir in den Ausbau von Studienplätzen niedersachsenweit einbeziehen und vergleichbare Angebote wo möglich ausbauen. Für den Studienstandort Braunschweig ist es zielführend, dass die Technische Universität Braunschweig um eine Medizinische Fakultät erweitert wird.

Ebenso soll die akademische Ausbildung von Geburtshelfer*innen in der Region verankert werden. Die Kliniken in kommunaler Trägerschaft kooperieren und streben eine verbindliche Zusammenarbeit an. Die Kliniken in anderer Trägerschaft sollten einbezogen werden, soweit es um die Interessen der regionalen Versorgung geht. Besonders das AWO-Psychiatriezentrum mit seinem regionalen Versorgungsauftrag hat eine wichtige Funktion. Für die kommunalen Kliniken werden wir ein gemeinsames Nachhaltigkeitsmanagement auf den Weg bringen. Dafür unterstützen wir eine landesweite Investitionsoffensive zur konsequenten Modernisierung und Digitalisierung unserer Krankenhäuser.

3. Wissenschafts- und Kulturregion

a) Ostfalia - Hochschule für angewandte Wissenschaften erweitern

Standorte von Hochschulen für angewandte Wissenschaften bzw. von Fachhochschulen können einen wichtigen Beitrag zum Gelingen des Strukturwandels leisten. Gerade in den Landkreisen Gifhorn, Peine und Helmstedt wären Studienangebote eine wichtige Perspektive für junge Menschen. Es würden Arbeitsplätze geschaffen und neue Chance eröffnet. In den beiden Landkreisen wollen wir daher weitere Standorte der Ostfalia etablieren. Dabei können wirtschaftlich bestehende oder aufzubauende Cluster wie Kreislaufwirtschaft und Wasserstoff sowie der Fachkräftebedarf im sozialen Bereich wichtige Aspekte sein.

b) Landesmusikakademie sichern

Die Landesmusikakademie in Wolfenbüttel muss nachhaltig gesichert und gestärkt werden, damit sie ihren Auftrag als Musikstätte und Kompetenzzentrum für die Musikschaffenden und die Musikkultur Niedersachsens gerecht werden kann.

c) Technische Universität Clausthal fortentwickeln

Die TU Clausthal ist für uns ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Sie gehört zu den größten Arbeitgebern im Westharz. Darüber hinaus ist die Studentenschaft beispiellos international aufgestellt mit der Herkunft von 40 % der Student*innen aus 100 unterschiedlichen Ländern. Die TU arbeitet eng mit der Wirtschaft zusammen und schlägt so die Brücke von der Grundlagenforschung in die Anwendung. Wir wollen die seit vielen Jahren laufenden Planungen zum Neubau eines Chemie-Campus an der TU Clausthal im Landeshaushalt finanziell absichern und schnell von der Planungsphase in die Bau- und Umsetzungsphase kommen. Hierfür sind Mittel in Höhe von 50 Millionen Euro schnellstmöglich bereit zu stellen.

d) Technische Universität Braunschweig stärken und Exzellenz vorantreiben

Unsere Region gehört zu den forschungsintensivsten Gebieten Europas. Die TU Braunschweig bildet dabei ein wissenschaftliches Zentrum der Region. Um diesem Status Rechnung zu tragen, muss der Wissenschaftsstandort der Region Braunschweig weiter gestärkt werden. Dazu gehören neben der Sanierung der Hochschulgebäude auch gute Arbeitsbedingungen und eine angemessene Vergütung für die Mitarbeitenden in Forschung und Lehre. Die TU Braunschweig konnte in der vergangenen Runde der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern bereits ein Cluster für sich gewinnen. Wir wollen die TU Braunschweig bei ihren Bemühungen unterstützen, weitere Exzellenzförderungen für sich zu entscheiden. Dafür bedarf es auch eines Ausbaus der Wissenschaftsförderung in Niedersachsen.

e) Staatstheater Braunschweig fördern

Das Staatstheater Braunschweig gehört mit seinem fünf Sparten umfassenden Angebot zu den wichtigsten Bühnen des Landes Niedersachsen. Es leistet für die gesamte Region einen herausragenden Beitrag zur Kulturlandschaft. Alle Gebäude des Braunschweiger Staatstheaters weisen jedoch einen Sanierungsbedarf auf. Während die beiden Staatstheater in Hannover und Oldenburg bereits gründlich saniert wurden, fehlt für Braunschweig ein Investitionsplan. Insbesondere der Zustand der Werkstatt macht eine kurzfristige Intervention notwendig. Zur Kostenschätzung muss die Höhe des Sanierungsstaus ermittelt und entsprechende Gelder bereitgestellt werden. Hinsichtlich der Fertigstellung des Kinder-Jugendtheaters erwarten wir Lösungen der Denkmalschutzbehörden, damit nun endlich die Spielstätte eingeweiht werden kann. Braunschweig und die Region haben sich zu einem Zentrum für die Tanzszene entwickelt, daher unterstützen wir Projekte der Tanz-Szene und fordern das Land auf, die Sanierung des Probesaals des Staatstheaters in den Investitionsplan aufzunehmen.

f) Batterieforschung ausbauen und fördern

Der gezielte Ausbau und die Förderung der Batterieforschung sind für unsere Region von besonderer Wichtigkeit. Deshalb müssen wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen, um die Forschungs- und Produktionsstandorte in unserer Region zu halten und weiterzuentwickeln. So tragen wir zur Stärkung des industriellen Kerns unserer Region sowie zur Weiterentwicklung moderner Technologien bei.

g) Open Hybrid LabFactory

Unsere Region ist vor allem dank ihrer regionalen Allianzen zwischen Kommunen, den ortsansässigen Unternehmen und der Wissenschaft innovationsstark und zukunftsfest. Um dies zu unterstreichen, streben wir eine dauerhafte tragfähige Lösung für die OHLF in Wolfsburg zwischen der Stadt Wolfsburg, dem Land Niedersachsen, Volkswagen und der TU-Braunschweig an.

4. Wirtschafts- und Mobilitätsregion

a) Wichtige Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Region voranbringen

Der Lückenschluss der A39 zwischen Wolfsburg und Lüneburg muss nach Abschluss der letzten planungsrechtlichen Fragen zügig vorangetrieben werden. Ein Baustart muss spätestens in der nächsten Wahlperiode des Niedersächsischen Landtags erfolgen. Der Bau ist ein für den Landkreis Gifhorn, die Stadt Wolfsburg und die gesamte Region wirtschaftspolitisch unverzichtbares Vorhaben.

b) Die Mobilität in der Region voranbringen

Bezahlbare und verfügbare Mobilität ist für uns als SPD-Bezirk ein Grundbedürfnis. Wir wollen den Menschen in unserer Region die passenden Angebote einer klimafreundlichen Mobilität machen. In den Städten, vor allem aber auch im ländlichen Raum. Außerdem sind wir Industrie- und Forschungsregion für das Automobil wie auch für den öffentlichen Verkehr. Diese Stärke wollen wir erhalten und noch weiter ausbauen.

Wir wollen die Schieneninfrastruktur als Rückgrat inklusiver, klimafreundlicher Mobilität des Personen- und Güterverkehrs innerhalb des Großraums und im Übergang zu angrenzenden Räumen sowie zur Umsetzung des Deutschland-Taktes konsequent ausbauen. Dazu gehören die Elektrifizierung des Netzes bzw. Einsatz von Wasserstoffzügen sowie die Reaktivierung von Bahnstrecken (Umsetzung des SPNV-Konzeptes 2030+). Auch wollen wir den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) mit günstigen und einfachen Tarifen sowie die Verknüpfung des Öffentlichen Personennahverkehrs mit anderen Verkehrsträgern. Unser Ziel ist auch die Integration von On-Demand-Systemen. Die Finanzierung des ÖPNV muss neu ausgerichtet werden,- nicht nur um die Infrastruktur auszubauen, sondern besonders auch um die Mitarbeitenden in dieser Branche angemessen zu entlohnen, den neuen Deutschlandtarif auskömmlich zu refinanzieren und das Angebot vor allem im ländlichen Raum auszuweiten. Ausdrücklich fordern wir die zeitnahe Ablösung der regionalen Schülertickets durch landesweite Schülertickets zum Preis von 29 Euro.

Weiterhin wollen wir den Ausbau des Braunschweiger Stadtbahnnetzes in den als volkswirtschaftlich nutzbringend ermittelten Teilprojekten weiter fördern. Neben dem Öffentlichen Personennahverkehr wollen wir auch den Individualverkehr klimafreundlich ausbauen. Für das Erreichen der Pariser Klimaziele ist der konsequente Umstieg auf die Elektromobilität im Individualverkehr von höchster Bedeutung. Damit Menschen auf batterieelektrische Fahrzeuge umsteigen, muss sichergestellt sein, dass die dafür benötigte Infrastruktur vorhanden ist. Deshalb werden wir den Ausbau der Lade- und Netzinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in unserer Region forcieren, dies weiterhin auch mit einer Förderung beim Um- und Ausbau von Betriebshöfen, um die Verkehrswende erst möglich zu machen. Das Radwegenetz in Stadt und Land werden wir ausbauen und das Augenmerk dabei besonders auf Verkehrssicherheit und Qualität legen. Außerdem hat der Bau von Radschnellverbindungen für uns Priorität.

c) Wasserstoffregion

Die gesamte Wertschöpfungskette für Wasserstoff, über die Erzeugung erneuerbarer Energie, der Herstellung von grünem Wasserstoff sowie der industrielle Einsatz aber auch die Forschung und Entwicklung sollen in der Region unterstützt werden. Dies ist ein wichtiger Schlüssel für der Erhalt der industriellen Stahlproduktion in Salzgitter und kann positiv zum Gelingen des Strukturwandels in den Landkreisen Helmstedt und Peine beitragen. Der Wasserstoffcampus muss gestärkt und nachhaltig ausgebaut werden. Deshalb wollen wir die Forschungen zur Wasserstofftechnologie in unserer Region weiter fördern.

d) Industrielle Produktionsstandorte stärken

Das Herz der Automobilindustrie des Landes Niedersachsen schlägt in unserer Region. Mit der Weiterentwicklung des Standortes Wolfsburg als Hauptsitz des Weltkonzerns Volkswagen, der Batteriezellproduktion und des Know-how-Zentrums in Salzgitter und dem Batterie-Packaging in Braunschweig sind wir in der Transformation bei VW gut aufgestellt. Diese Stärke soll weiter ausgebaut werden. Die Region muss der Ort für industrielle Wertschöpfung bleiben. Für die Transformation brauchen wir bezahlbare Industrie-Energiepreise. Der massive Ausbau ortsnaher Energien ist für unsere Wirtschaftsregion unerlässlich. Dabei muss auch

Zulieferindustrie stärker im Transformationsprozess unterstützt werden. Zudem ist die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicherzustellen. Dabei muss die Transformationsregion Süd-Ost-Niedersachsen ausgebaut und durch eine Qualifizierungsregion ergänzt werden.

Wir sind aber auch eine Stahlregion und wollen es bleiben. Durch konsequente Investitionen in die Produktionsstandorte in Salzgitter und Peine sichern wir langfristig Arbeitsplätze und industrielle Wertschöpfung ab. Um unsere Industriestandorte zukunftssicher zu machen, unterstützen wir die CO2-freie Stahlproduktion in unserer Region.

e) Innovation fördern

Wir wollen in unserer Region ein Ökosystem aus Reallaboren zur industrienahen Erprobung und Standardisierung von Technologien und digitaler Services etablieren. Der Fokus liegt dabei vorerst auf digitalen Technologien, Mobilität, Landwirtschaft und auf dem Gesundheitswesen. Auf Basis dieser, lassen sich weitere Branchen und Bereiche in unserer Region aufbauen. Hierbei müssen wir die Förderung von Forschung und Entwicklung vorantreiben. Eine enge Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft in der Region etablieren, um so eine Beschleunigung von Innovationen zu fördern. Wir wollen eine stärkere Verzahnung von Forschung, Wirtschaft, Startups und Banken unterstützen und entstehende Synergieeffekte für die Region nutzen. Die Förderkulissen der EU, des Bundes und des Landes müssen für Unternehmen im Wandel einfacher abgerufen werden können. Mit unserer Innovationspolitik unterstützen wir Existenzgründer/innen, gleichzeitig stärken wir eine bessere Kooperation von kleinen und mittleren Unternehmen mit Startups, Hoch - und Fachhochschulen. Weiterhin wollen wir neue Firmen an den für sie bestmöglichen Plätzen in der Region ansiedeln. Unser Ziel muss es sein, dass es nirgendwo einfacher sein darf als bei uns. Unser Innovationspolitik in der Region sind Impulsgeber und treibende Kraft zugleich.
Die Transformation führt auch zu einer Veränderung der Arbeit. Damit Arbeitsplätze und Wertschöpfung weiterhin in Wolfsburg gesichert bleiben, setzen wir uns weiterhin für die Realisierung der Pläne für Trinity in Wolfsburg auf dem Werksgelände oder dem bisher geplanten Standort ein.

f) Kreislaufwirtschaft und Strukturförderung

Die Kreislaufwirtschaft wird aus ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten immer wichtiger; mit der TU Clausthal verfügt die Region über wissenschaftliche Kompetenz. In der Region Helmstedt verfügen wir über die industrielle Kompetenz auf dem Gebiet. Dieses Wissen muss zusammengeführt und ausgebaut werden.
Die Aktivitäten im Rahmen der „Circular Cities and Regions Initiative (CCRI)“ sollen entsprechend unterstützt sowie ein Netzwerk von Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft aufgebaut werden.
Der Strukturwandel im Landkreis Helmstedt und die Struktur der Zusammenarbeit mit dem Landkreis Helmstedt zur Umsetzung der Strukturstärkungsmittel des Bundes (90 Mio. EUR Kohleförderung) sollen effizienter aufgestellt und konsequent am Ziel des Strukturwandels ausgerichtet werden.

g) Grundstoffindustrie stärken

Durch die verschiedensten Krisenlagen ist uns mehr als deutlich bewusst geworden, dass wir unsere Grundstoffindustrie stärken müssen. Daher bekennen wir uns klar zu unseren industriellen Unternehmen, die wie die Chemische und Metallverarbeitende Industrie im Vorharz zu den wichtigsten Arbeitgebern gehören und damit auch Motoren struktureller Erneuerung und des Wandels sind. Uns ist bewusst, dass ohne dieses industrielle Rückgrat auch in strukturell schwächeren Regionen eine Weiterentwicklung nicht gelingen kann.

h) Regionale Initiativen zur qualifizierten Zuwanderung stärken

Branchenübergreifend leidet auch unsere Region nicht nur unter einem Fachkräftemangel, sondern unter einem Arbeitskräftemangel.

Wir wollen regionale, branchenübergreifende Initiativen, wie ein gemeinsames Vorhaben der Allianz der Region, der IHK Braunschweig, des AGV Braunschweig und des AWO-Bezirksverbandes Braunschweig e. V., zur Anwerbung von Arbeitskräften (auch im Familienverbund) an den Volkswagen-Standorten in Südamerika unterstützen, insofern sie unter den Bedingungen einer „Fairen Anwerbung" erfolgen. Hierzu gehören schnelle anerkennungsverfahren und begleitende Angebote für eine gelingende Arbeitsmarktintegration.

i) Wertschöpfung vor Ort sichern und Arbeitsplätze schaffen

Wir stehen fest zur Notwendigkeit von modernen und nachhaltigen interkommunalen Gewerbegebieten, um ganz konkret Arbeitsplätze in der Region zu schaffen. Nur durch Wertschöpfung vor Ort können wir ein gesundes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum ermöglichen und unseren Wohlstand auch langfristig sichern.

5. Klimaschutz und Energie

Unser Ziel ist es, genug bezahlbare und klimafreundlich erzeugte Energie sowohl für die Menschen als auch für die Industrie in unserer Region zur Verfügung zu stellen.
Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat die ohnehin angespannte Lage auf den Energiemärkten drastisch verschärft. Die SPD in der Region setzt sich für die Abfederung der sozialen Härten der Preissteigerungen auf allen staatlichen Ebenen ein. Wir stehen fest an der Seite der Menschen in der Region und werden alle Kräfte mobilisieren, um gemeinsam bestmöglich durch die Energiekrise zu kommen.
Dazu bedarf es einer regional abgestimmten Strategie, welche die Erzeugung und den Ausbau der erneuerbaren Energien steuert. Hierbei sind die Anforderungen des Forschungs- und Industriestandortes mit den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger nach einer lebenswerten und attraktiven Region gleichermaßen zu berücksichtigen.

-

Hierbei sind unsere Schwerpunkte:

- Die Förderung und der Ausbau von erneuerbaren Energien durch die Ausweisung von Vorrangstandorten für den Windenergieausbau, den Ausbau von Photovoltaik und die Umstellung von fossilen Energieträgern auf Biomasse.

- Konsequentes Wassermanagement durch Konzepte und Projekte zur Wasserhaltung und zur Verbesserung der Starkregenvorsorge, sowie die Förderung der Kommunen in den Bereichen Wasserversorgung, Wasserrückhalt und Speicherung.

- Die Sicherung der Versorgungssicherheit in den Städten und Gemeinden durch Unterstützung der Stadtwerke und Einsatz für einen Schutzschirm für die Energieversorger vor Ort.

- Unbürokratische Entlastungen für alle, die die steigenden Lebenshaltungskosten nicht mehr allein tragen können, durch Stützungsmaßnahmen des Bundes über das Sozial- und Steuersystem und ein Förderprogramm für kleine und mittelständische

Unternehmen. Allerdings müssen auch hier Anreize zum Energiesparen geschaffen werden.

Die Mobilitäts- und Verkehrswende muss zusammengedacht werden. Wir wollen zur Vorreiterregion im Ausbau von benötigten intelligenten Stromzählern und der Verknüpfung von Elektromobilität mit erneuerbaren Energien werden. Nur so überzeugen wir die Menschen, die Vorzüge der Mobilitäts- und Energiewende für sie nutzen zu können. Wir setzen uns politisch dafür ein, dass die Menschen dabei stets im Mittelpunkt stehen und vom Wandel profitieren.

A**SSE II und Schacht Konrad**

Wir fordern eine zügige Entscheidung über den Antrag von BUND und NABU auf Rücknahme bzw. Widerruf des Planfeststellungsbeschlusses zu Schacht Konrad. Zudem wird eine Neubewertung der Anlage und Einbeziehung der Rückholbarkeitsoption im Rahmen des Endlagersuchverfahrens angestrebt. Weiterhin fordern wir vom Bund einen sofortigen Baustopp, um im laufenden Antragsverfahren keine weiteren Tatsachen zu schaffen.

Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die Rückholung der in der Schachtanlage Asse II eingelagerten radioaktiven Abfälle sicher und zügig umgesetzt wird und auch regionale Interessen, wie bei der Frage des Zwischenlager-Standortes, berücksichtigt werden. Das gesamte Vorhaben soll im Zuge der nächsten Fortschreibung des Landesraumordnungsprogrammes raumplanerisch abgesichert werden. Außerdem soll innerhalb der Landesregierung weiterhin der Gesamtkoordinator Ansprechpartner für die das Vorhaben begleitenden Kommunen und die Menschen vor Ort sein.

6. Die soziale Region: Jeder Mensch zählt

Auch unsere Region steht vor großen Herausforderungen, die von besonderer Bedeutung für alle Bereiche des Zusammenlebens sind. Wir werden einen Beitrag leisten, um einer Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken und ganz direkt die Gesellschaft stärken. Wir gehen hiermit nicht nur auf die Bedürfnisse der Familien und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein, wir haben die gesamte Gesellschaft im Blick und halten diese zusammen.

Hierbei sind unsere Schwerpunkte:

- Tageseinrichtungen für Kinder werden gestärkt und der Berufseinstieg wird attraktiver gemacht.

- Innovationen in der Kinder- und Jugendhilfe werden gefördert, um den immer dynamischer werdenden gesellschaftlichen Entwicklungen gerecht zu werden. Neue Kooperations- und Koordinationsstrukturen werden geprüft.
-
- Menschen in besonderen Lebenslagen brauchen Hilfe. Beratungsstrukturen der Hilfe zur Selbsthilfe werden erhalten und bedarfsgerecht ausgebaut.

- Ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen in unserer Region wäre unser Gemeinwesen nicht denkbar. Wir nutzen die Empfehlungen der Enquetekommission „Ehrenamt“, um durch die Kommunen und das Land ganz direkt ehrenamtliches Engagement in der Region zu stärken.

- Gute und sichere Pflege im Alter ist für uns ein unverzichtbarer Teil der Daseinsvorsorge und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wir wollen die flächendeckende Versorgung sichern und gute Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte schaffen.

- Die besondere Partnerschaft der gemeinnützigen Träger und des Staates bei der Erbringung von sozialen Leistungen kommt in der Subsidiarität zum Ausdruck. Dieses Prinzip wird die SPD in der Region erhalten und weiterhin stärken.

Zusammenfassung

In einer sozialdemokratisch geführten Landes- und Bundesregierung wollen wir für unsere Region weiterhin entscheidend mitgestalten. Wir haben den Anspruch, ein starkes Team für unsere Region zu bilden und unseren Gestaltungsanspruch von Anfang an klar zu formulieren. In einer Zeit der Krisen benötigen die Menschen Orientierung und verlässliche, klare Politik. Dafür steht die SPD im Bezirk Braunschweig. Wir wollen mit klaren Inhalten und qualifiziertem Personal die Menschen in unserer Region davon überzeugen SPD zu wählen!

A1	Antragssteller*in: UB Braunschweig	Weiterleitung an
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

Gerechte Besoldung in Niedersachsen

Der Bezirksparteitag beschließt, dass die SPD Niedersachsen sowie die Landesregierung und die SPD-Fraktion im nds. Landtag, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, damit die Besoldung in Niedersachsen endlich an die der anderen Länder sowie des Bundes angeglichen wird und dadurch das Land Niedersachsen die jahrelange „niederschmetternd schlechte Platzierung“ auf der Besoldungsrankingliste (derzeit 13./14. Platz) verbessert. Dazu gehört auch die weitere Erhöhung der Sonderzahlung (Weihnachtsgeld), dessen Ruhegehaltsfähigkeit sowie die Wiedereinführung eines Urlaubsgeldes.

A2	Antragssteller*in: UB Wolfenbüttel	Weiterleitung an
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

Schnelle Umsetzung von A13/E13 für Lehrer:innen an Grund-, Haupt- und Realschulen

Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten, sich für eine Umsetzung von A13/E13 für Lehrer:innen an Grund-, Haupt- und Realschulen im zu verabschiedenden Landeshaushalt für das Jahr 2024 einzusetzen.

B2	Antragssteller*in: Juso-Bezirksvorstand	Weiterleitung an:
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

Ausbildung in Erziehungsberufen vergüten

Immer wieder streiken Arbeitende in Erziehungsberufen aufgrund von mangelnder Bezahlung und schlechter Arbeitsbedingungen. Ein weiteres Problem für angehende ErzieherInnen ist die nicht vergütete Ausbildung. Im Gegensatz zu anderen Ausbildungsberufen, in denen von Anfang an ein Ausbildungsgehalt gezahlt wird, erhalten ErzieherInnen erst nach Abschluss der Ausbildung und mit Antreten des ersten Jobs eine Vergütung. Dieser Missstand sorgt nicht unbedingt dafür, dass Erziehungsberufe attraktiver werden. Gleichzeitig sorgt der Mangel an ErzieherInnen dafür, dass die Kinderbetreuungsquoten nicht weiter steigen, was insbesondere Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nahezu unmöglich macht.
Deshalb fordern wir eine staatlich geregelte Ausbildungsvergütung in allen Sozialberufen von Tag eins der Ausbildung an.

F1	Antragssteller*in: Juso-Bezirksvorstand	Weiterleitung an:
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

Spielzeug hat kein Geschlecht

Als feministischer Partei stellen wir uns grundsätzlich gegen veraltete Rollenbilder und Geschlechterklischees. Diese sind allgemein patriarchalisch und tragen somit zu Unterdrückungsmustern in unserer Gesellschaft bei. Ein Grundpfeiler, auf dem diese patriarchalische Ordnung beruht, ist die Sozialisierung mit Klischees und veraltete Geschlechterrollen.
Spielzeughersteller*innen nutzen diese Geschlechterrollen zur Vermarktung ihrer Produkte, da sie sich in unserer sexistisch sozialisierten Gesellschaft durchaus gut verkaufen. Rosa für Mädchen und Blau für Jungs ist kein Naturgesetz, sondern ein Rollenbild, das durch Vermarktung zur Ware gemacht wird.
Wir fordern ein Verbot von geschlechterspezifischer Spielzeugwerbung. Dabei orientieren wir uns an dem spanischen Modell. Die spanische Regierung hat gemeinsam mit dem Dachverband der Spielzeughersteller:innen einen Katalog an Anforderungen herausgearbeitet, der in der Branche künftig eingehalten werden soll. Der Katalog enthält Forderungen, denen wir uns ebenfalls anschließen. Wichtig ist zu dem, auch elektronisches Spielzeug wie Videospiele einzubeziehen.

F2	Antragssteller*in: Juso-Bezirksvorstand UB Braunschweig	Weiterleitung an:
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

Oben-ohne-Recht für alle Menschen

Ob beim Stillen im Café oder eben im Schwimmbad – wann und wie eine weibliche Brust sichtbar sein darf oder nicht, wird immer wieder heftig diskutiert. In Göttingen dürfen seit dem 1. Mai 2022 am Wochenende Frauen* und Männer* in den städtischen Schwimmbädern ohne Oberteil schwimmen, Dass es in Göttingen jetzt zwei Tage gibt, an denen Frauen* ohne Oberteil schwimmen gehen dürfen ist aus feministischer Sicht ein Skandal Es impliziert; Die Frauen*brust ist so speziell, dass sie spezielle Tage haben muss. Das ist eine hart problematische Botschaft. Bei der Debatte über die Sichtbarkeit weiblicher Brüste geht es auch immer um das weibliche Selbstbestimmungsrecht. „Männer* haben auch Nippel und Haare auf der Brust – das sind sexuelle Merkmale, dennoch müssen sie ihren Oberkörper im Schwimmbad nicht bedecken, Frauen* hingegen schon. Über Frauen* wird einfach bestimmt

Dieser Missstand sollte beendet werden. Wenn Frauen weniger sexualisiert würden, könnten sie freier leben. Deshalb fordern wir, Geschlechtergerechtigkeit und die Entsexualisierung des weiblichen Körper Für Frauen* sollte ohne Oberteil uneingeschränkt, zumindest für die Orte, an denen sich auch Männer mit nacktem Oberkörper zeigen dürfen, das gleiche Recht gelten.

Fi1	Antragssteller*in: Juso-Bezirksvorstand	Weiterleitung an:
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

Breaking the (Block-)Chain

Kryptowährungen werden immer populärer. Und sie versprechen viel: Ein Ersatz für staatliche Währungen sollen sie sein, ganz ohne Banken, vollkommen anonym, transparent und sicher. Kein Wunder also, dass immer mehr Menschen in Kryptowährungen investieren. Man erhofft sich hohe Gewinne, gleichzeitig will man dazu beitragen, das Geldsystem zu revolutionieren. Doch Bitcoin und Co. schaffen es nicht, ihre Versprechen zu halten. Das System der Kryptowährungen scheitert daran, ein Ersatz für echte Währungen zu sein. Vielmehr ist es ein umweltschädliches und hochriskantes Spekulationsobjekt.

Von Krypto, Blockchain und Bitcoins

Grundlage für Kryptowährungen ist die Blockchain-Technologie. Diese Technologie ist zunächst nichts anderes als eine kontinuierlich erweiterbare Liste von Datensätzen, sogenannten Blocks, die kryptografisch miteinander verbunden sind. Die Blockchain ist dezentral programmiert und gespeichert und kann von beliebigem Nutzer*innen erweitert werden.

Diese Idee einer dezentralen, anonymen Datenbank kann sehr sinnvoll sein und ist vielseitig einsetzbar. Die Einträge auf der Datenbank sind durch Verschlüsselungsmechanismen eindeutig, aber dennoch anonym und sollen außerdem manipulationssicher sein.
Ein Einsatzgebiet für die Blockchain-Technologie sind Kryptowährungen. Hier wird über die Blockchain eine digitale „Währung“ weitergegeben. Banken als Intermediärinnen sollen hier nicht mehr benötigt werden.
Der Bitcoin, die wohl bekannteste Kryptowährung, benutzte diese Blockchain-Methode als Erster, indem die Transaktionen zwischen Nutzer*innen über eine Blockchain durchgeführt werden. Da es keine Bank gibt, die Transaktionen beaufsichtigt, muss die Echtheit der Blocks anders validiert werden.

Das Problem mit dem Konsens: die Proof-of-Work Methode

Die bislang verbreitetste Methode für diese Validierung ist die „Proof-of-Work“-Methode. Hier wird die Echtheit der neu zur Blockchain hinzugefügten Blocks von sogenannten „Nodes“ (Computern im Blockchain-System) validiert. Die Nodes befinden sich in einem ständigen Wettbewerb darum, wer den neuesten Block, also die neueste Transaktion, validieren darf. Den Wettbewerb gewinnt der Node, der am schnellsten eine kryptografische Gleichung lösen kann, die sich aus den jeweiligen Inhalten des Blocks ergibt. Dabei handelt es sich um eine komplexe mathematische Aufgabe, die die Computer mit immensem Rechen- und Energieaufwand lösen.
Ist die Gleichung von einem Node gelöst worden, lässt sich dies leicht von allen anderen Computern im jeweiligen Netzwerk überprüfen, es entsteht also ein Konsens darüber, dass der neue Block ans Ende der Blockchain hinzugefügt wird. Außerdem erhält der Computer, der die Gleichung als Erstes gelöst hat, neue Coins. Dies ist der Prozess des Minings.
Das Problem hierbei: Je mehr Rechenleistung im Netzwerk insgesamt verfügbar ist, desto komplizierter wird die zu lösende Gleichung. Das sorgt dafür, dass die Kosten für das Mining von Bitcoins immer weiter in die Höhe schießen. Je leistungsfähiger ein Computer, desto mehr Coins können generiert werden.
Hier werden diejenigen bevorteilt, die bereits über ein hohes Startkapital verfügen. Das System schließt diejenigen aus, die es sich nicht leisten können, teure Computer für das Mining zu kaufen – mit klassischen Währungen.
Außerdem sorgt das System nicht nur für einen immer größer werdenden Bedarf an Hardware und Energie, die meiste verrichtete Arbeit ist zudem überflüssig, da es sich beim Mining um einen Wettbewerb handelt. Viele Computer arbeiten gleichzeitig an der Lösung desselben kryptografischen Problems, doch nur einer von ihnen gewinnt das Rennen um die schnellste Lösung des Problems und damit die neu generierten Coins.
Der Energiebedarf ist dabei extrem hoch. Allein um einen einzigen Bitcoin zu minen, wird derzeit eine Energiemenge von der Größenordnung benötigt, wie ein durchschnittlicher Haushalt sie in zehn Jahren verbraucht.

Computer und Kapazitäten an Rechenleistung, die an anderer Stelle sinnvoller wären, werden zum Mining eingesetzt. Besonders kritisch ist das vor dem Hintergrund von Chipknappheiten/-krisen. So haben Miner*innen 2021 die Preislage und Knappheit von Grafikkarten extrem verschärft, als der „Wert“ von Bitcoin so hoch war, dass sich das Minen für sie gelohnt hat.
Hinzu kommen extrem lange Transaktionszeiten, aufgrund der komplizierten Rechnungen beim Mining der Bitcoins.

Das Proof-of-Work Verfahren, das Bitcoin und die meisten anderen Kryptowährungen verwenden, sorgt also für enorme Energieverschwendung. Der Anreiz, immer größere Computer zu bauen und immer mehr Energie zu verschwenden, ist dem System inhärent.
Dasselbe in Nicht-Wirklich-Grün: Proof-of-Stake
Eine weitere Methode, um neue Einträge in einer Blockchain zu validieren, ist die Proof-of-Stake Methode. Anders als bei der extrem energieintensiven Proof-of-Work Methode, die die leistungsfähigsten Computer bevorzugt, wird bei der Proof-of-Stake Methode von jedem Node

ein Einsatz (Stake) von Coins benötigt. Einer der Nodes wird dann zufällig ausgewählt und darf nicht nur den Block zur Chain hinzufügen, sondern erhält auch noch neu generierte Coins. Je mehr Coins gestaked wurden, desto größer ist jedoch auch die Chance, vom Algorithmus ausgewählt zu werden. Somit werden auch bei dieser Konsens-Methode diejenigen Nodes bevorzugt, die bereits über eine hohe Anzahl an Coins verfügen.
Je nach Art der Kryptowährung gibt es unterschiedliche Methoden, um diese Bevorzugung „reicher" Nutzer*innen abzuschwächen, diese funktionieren jedoch nur schlecht und schaffen es nicht, das Problem zu lösen.
Reiche Nodes mit hohem Stake dominieren also bei der Proof-of-Stake Methode die Blockchain, weshalb diese für uns keine sinnvolle Alternative zur Proof-of-Work Methode und als Konsens-Mechanismus für eine Blockchain ebenso wenig geeignet ist.

Das Ende der Banken?

Als vermeintlicher Vorteil von Kryptowährungen wird immer wieder angebracht, dass Banken in dem System keine Rolle mehr spielen. Auf makroökonomischer Ebene sei das gut, denn ohne Banken als Emittentinnen und mit begrenzter Höhe des Geldangebots sei die „Währung" wertstabil und nicht anfällig für Krisen. Auf mikroökonomischer Ebene seien Transaktionen ohne Geschäftsbanken als „Vermittler" anonym, sicher, schnell und ohne Gebühren möglich. So soll durch den Wegfall von Banken als Intermediärinnen und Geldgeberinnen die gleiche Flexibilität und Anonymität wie beim Bargeld hergestellt werden.

Banken wird von Befürworter*innen von Kryptowährungen ein allgemeines Misstrauen entgegengebracht. Auch aus unserer Sicht gibt es erhebliche Probleme im Bankensektor, allen voran die Bereitstellung von Investitionsmitteln nur anhand von Profitinteressen der Kapitalgeber*innen. Dennoch sind Banken in ihrer ursprünglichen Funktion als Schnittstelle zwischen Geldmittel und Investition unerlässlich. Anstatt also die Banken vollständig aus dem System zu entfernen, wie es Befürworter*innen von Kryptowährungen propagieren, müssen sie vielmehr in ein System überführt werden, in dem die Kriterien der Kreditvergabe unter demokratischer Kontrolle bestimmt werden.
Als SPD ist es unser Ansatz, Banken zu vertrauenswürdigen, demokratisch bestimmten Geldinstituten zu machen. Das macht es überflüssig, ein „Währungssystem" aufzubauen, bei dem die Autorität über Transaktionen dezentral verteilt wird.

Kryptowährung = schlechte Währung?

Die Kritik vieler Befürworter*innen von Kryptowährungen an den Zentralbanken und ihrer Geldpolitik folgt schon der falschen Annahme, dass Geldmenge und Inflation in direktem Zusammenhang stünden. Diese Annahme basiert auf dem neoliberalen Missverständnis von Währungs- und Geldpolitik und hat sich in der Vergangenheit vielfach als falsch herausgestellt. Spätestens seit den Ankaufprogrammen der Zentralbanken, die oft mit sinkender Inflation einhergingen, ist klar, dass dieser Ansatz nicht der Wirklichkeit entspricht. Heute wissen wir: Es gibt viele Einflussfaktoren auf Preissteigerungen wie die Vermögensverteilung, die Sparquote oder schlicht Profitinteressen der Unternehmen.

Aus diesem Trugschluss wird ein System implementiert, das die Menge der Kryptocoins künstlich begrenzt. So wird eine vermeintlich deflationäre Währung geschaffen. Doch Deflation kann wirtschaftlich nicht gewollt sein, da sie zu Produktionsrückgang und Arbeitslosigkeit führt. Kryptowährungen schaffen es nicht, die wichtigsten Funktionen einer Währung zu erfüllen. Sie sind kein „Geld", da sie nicht als staatliches Zahlungsmittel akzeptiert sind. Es gibt aufgrund ihrer Begrenztheit und Dezentralität keinen geldpolitischen Handlungsrahmen für Zentralbanken. Daher sind Kryptowährungen grundsätzlich schlechte „Währungen" für Staaten und staatliche Gebilde, die mit Geldpolitik im Sinne einer Gesellschaft handeln wollen. Aus diesem Grund gibt es auch keine stabile Nachfrage nach diesen „Währungen" und somit

auch nicht die notwendige Stabilität, um sie als Zahlungsmittel für Waren oder Dienstleistungen im Alltag zu nutzen.
Auch verhindert die Begrenztheit der „Währung“ nicht das Auftreten von Inflation. Vielmehr sind Kryptowährungen dafür besonders anfällig, da es keine stabile Nachfrage nach der Währung gibt. Der Fakt, dass Kryptowährungen nicht von Zentralbanken, sondern dezentral ausgegeben werden und in ihrer Menge begrenzt sind, macht sie also mitnichten zu einer besseren „Währung“. Vielmehr bieten diese Eigenschaften die Grundlage für die eigentliche Natur von Kryptowährungen: der als Spekulationsobjekt.

Kryptowährung = keine Währung!

Die Nutzung von Kryptowährungen als Spekulationsobjekt bietet sich aufgrund der hohen Volatilität auch an. Der „Wert“ von Kryptowährungen ist völlig losgelöst von realwirtschaftlichen Zusammenhängen. Er hängt stattdessen maßgeblich von der inhärent instabilen Nachfrage ab. Die „Werte“ von Kryptocoins sind somit reine Spekulationsblasen mit all ihren Nachteilen.
Wer seine Kryptocoins verkauft und damit einen Gewinn in einer echten Währung macht, kann dies nur, weil jemand anders die Kryptocoins zu einem höheren Preis kauft, als man selbst einmal dafür bezahlt hat. Und auch das funktioniert nur, weil die Käufer*innen sich erhoffen, dasselbe tun zu können. Jeder Euro, der mit Kryptowährung verdient wird, kommt also von einem*r späteren Investor*in, der ebendiesen Euro bereit ist zu investieren. Daraus wird deutlich, dass Kryptowährungen immer ein Nullsummenspiel sind. Für Viele sind sie ein massives Minusgeschäft. Damit Kryptowährungen als Wertanlage funktionieren, bräuchte es immer neue Investor*innen, die bereit sind, immer mehr zu investieren. Es handelt sich bei Kryptowährungen also um ein klassisches Schneeballsystem, bei dem nur einige Wenige hohe Gewinne auf Kosten aller anderen Beteiligten machen können.

Von Ethereum, NFTs und Smart Contracts

Mittlerweile sind NFTs in aller Munde. Die Idee: Blockchain soll dazu verwendet werden, den Austausch digitaler Objekte zu ermöglichen, indem Objekte kreiert werden, die einerseits verlustfrei übertragen werden können und andererseits einzigartig und eindeutig identifizierbar sind.

Ein NFT, ein non-fungible Token, ist also ein nicht austauschbarer Token, der eine einzigartige Seriennummer hat und nicht aufgeteilt werden kann.
Maßgebend ist hierfür die Ethereum-Blockchain, bei der diese Tokens durch kleine Mikroprogramme, sogenannte Smart Contracts, kreiert werden. Diese Smart Contracts können theoretisch ganz unterschiedlich aussehen. Sie können beispielsweise Apps oder andere Anwendungen sein.

Das Problem an dieser Technologie ist dabei weniger ihre Idee, sondern vielmehr ihre Umsetzung. Der Gedanke, digitale Objekte, die dank der Digitalisierung immer wichtiger werden, fälschungssicher und eindeutig identifizierbar zu machen, klingt vielversprechend. Auch die dezentrale Speicherung von Daten und deren Schutz könnten sinnvolle Einsatzmöglichkeiten für die Technologie sein, die hinter NFTs steckt.
In der Realität sind NFTs jedoch untrennbar mit Kryptowährungen verbunden und werden nicht etwa zum Schutz vor Fälschungen oder Datenmissbrauch eingesetzt. Stattdessen dienen sie dazu, die Spekulationen mit Kryptowährungen weiter zu befeuern. Bei den eingesetzten Smart Contracts handelt es sich meist schlicht um URLs, die zu einem Bild führen.
Hier soll das vermeintliche Ziel sein, Künstler*innen dabei zu helfen, mit digitaler Kunst Einnahmen zu generieren. Käufer*innen können einen eindeutigen Nachweis über den Besitz eines Kunstwerks erwerben, der in der Blockchain gespeichert ist. So soll auch passives Einkommen über Weiterverkäufe möglich werden.

Auch nur ein Poker-Tisch

Während zwar der Token selbst einzigartig ist, ist das dazugehörige Kunstwerk genauso gespeichert und übertragbar wie jedes andere Bild im Internet. Es gibt keine kryptografische Verbindung zwischen Kunstwerk und Token, ebenso wenig wie eine Authentizitätsgarantie. Theoretisch kann jede*r ein NFT in Umlauf bringen, unabhängig davon, ob ihm oder ihr das Kunstwerk tatsächlich gehört. Konsequenzen sind praktisch keine zu befürchten.

Künstler*innen müssen also nicht nur als erste ein NFT ihres Kunstwerks erstellen, bevor es jemand anderes tut. Sie sind darüber hinaus gezwungen, in die Spekulation mit Kryptowährung einzusteigen, da diese die Grundlage für den Kauf und Verkauf von NFTs bilden und untrennbar mit ihnen verbunden sind.
NFTs sind also nur für diejenigen von Vorteil, die bereits Kryptowährungen besitzen, speziell Ether, die „Währung“ der Ethereum-Blockchain. Durch den Hype um NFTs ging der „Wert“ des Ethers nach oben und neue Käufer*innen kauften sich die extrem volatilen Coins von denjenigen, die zuvor weitaus weniger für sie bezahlt hatten, um am NFT-Markt teilnehmen zu können.

Die Künstler*innen werden lediglich benutzt, um sie für das System der Kryptowährung auszunutzen und um sie dazu zu bringen, selbst Kryptowährungen zu kaufen, um so das Erstellen der NFTs zu bezahlen. Kommt es dabei manchmal zu kleinen Gewinnen für die Künstler*innen, hilft dies lediglich dabei, sie weiter für das System der Kryptowährungen ausnutzen zu können.

Kaum anders als bei herkömmlicher Blockchain-Technologie wie beim Bitcoin handelt es sich also auch hier um reine Spekulationsobjekte. Wie bei anderen Spekulationsobjekten ist der „Wert“ losgelöst von dem vermeintlichen Gegenwert, etwa einem Kunstwerk. Gerade beim Handel mit NFTs kommt es durch gut vernetzte Communities dabei häufig dazu, dass der Preis eines NFTs durch Netzwerke künstlich immens in die Höhe getrieben wird, damit der teilhabende Akteur*innen sich daran bereichern können. Die letzten Käufer*in ist dabei immer die Verlierer*in das Spiel.
Während sich diese Spekulation derzeit vor allem auf digitale Kunstobjekte beschränkt, ist aufgrund der vielfältigen Einsatzmöglichkeiten von Smart Contracts in Ethereum ein breites Anwendungsspektrum denkbar. Zeiten des Internets sind Zeiten der unbegrenzten Vervielfältigung. NFTs lassen sich in diesen Zeiten auch nutzen, um aus einem unbegrenzten Angebot ein beschränktes zu machen. Sie sind nicht nur ein Mittel zur Verifizierung, sondern dadurch auch ein Mittel der Privatisierung. Auch Internetkonzerne wie Discord oder Twitter sind interessiert an der Implementierung von NFTs, denn schließlich kann über das entsprechende Mikroprogramm, jedes digitale Dokument, jede Website oder jeder digitale Raum mit Hilfe eines NFTs monetarisiert und zum Spekulationsobjekt gemacht werden, indem künstlich eine nicht notwendige Knappheit erzeugt wird.

Das Ende der Kette

Das System rund um Kryptowährungen, NFTs und Blockchain-Technologien ist komplex. All diese Technologien können aus heutiger Perspektive kein Ersatz für staatlich herausgegebenes Geld sein, sie können keine Währung ersetzen und sie eignen sich nicht, um die derzeitigen Probleme des Bankensystems zu lösen.
Im Gegenteil, sie tragen darüber hinaus zur weiteren Kapitalisierung des digitalen Raums bei, sind umweltschädlich und sozial ungerecht.

Wir fordern deshalb:

- ein Verbot von Mining, Transaktionen und Besitz von Kryptowährungen, dazu zählt auch ein Verbot des Verkaufs von Mining-Computern

- ein Verbot des Proof-of-Work Mechanismus für Blockchain und Aufklärung über die damit verbundenen ökologischen Konsequenzen

- Investitionen in die Forschung an und Verbesserung von Blockchain- und NFT-Technologien, insbesondere zur Entwicklung neuer Konsens-Mechanismen

Fi4	Antragssteller*in: UB Braunschweig Juso-Bezirksvorstand	Weiterleitung an:
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

Die Schuldenbremse muss weg!

Wir fordern die Abschaffung der Schuldenbremse und ihre Streichung aus dem Grundgesetz.

Fi5	Antragssteller*in: UB Braunschweig	Weiterleitung an:
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

Krisenlasten gerecht verteilen

Wir fordern eine gerechte Verteilung der Krisenlasten

Dazu könnten folgende Maßnahmen genutzt werden:

- eine Übergewinnsteuer

- ein Solidaritätszuschlag auf hohe Einkommen

- eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes

- eine einmalige Vermögensabgabe verteilt über einen längeren Zeitraum

G2	Antragssteller*in: UB Braunschweig	Weiterleitung an:
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

Für einen Studienstandort für Hebammenwissenschaften in der Region Braunschweig

Jedes Jahr werden in Braunschweig mehr als 2000 Kinder geboren. (Sozialbericht 2022, Stadt Braunschweig). Wird eine Frau schwanger, ist sie früher oder später auf der Suche nach einem:r Geburtshelfer:in. Der:die Geburtshelfer:in betreut die Schwangere bereits während der Schwangerschaft – und steht ihr mit Rat und Tat zur Seite. Ein:e Geburtshelfer:in begleitet den Geburtsprozess und betreut auch nach der Geburt bis zu acht Wochen die Mutter im Wochenbett. Geburtshelfer:innen sind für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Laut Gesetz dürfen Geburten ohne sie nur im äußersten Notfall stattfinden.
Die Hebammenschule in Braunschweig blickt auf eine über 250 Jahre alte Tradition zurück. Zusammen mit dem Perinatalzentrum, der Neonatologie & pädiatrischen Intensivmedizin sowie der Frauenklinik in der Celler Straße bildet sie das Geburtszentrum unserer Region, das in dieser Form einmalig ist. Risikogeburten werden aus der gesamten Region dorthin überwiesen, was häufig eine hohe Arbeitsbelastung nach sich zieht. Schüler:innen der Geburtshilfe erhalten ihren Theorieunterricht in der Naumburgstraße und lernen vor Ort im Städtischen Klinikum Celler Straße. Als Auszubildende sind sie ein unverzichtbarer Bestandteil des Alltags im Kreißsaal. Denn in der Geburtshilfe übernehmen sie Aufgaben, die für die Gebärende wertvoll sind und den Geburtsprozess erleichtern. Sie entlasten die Geburtshelfer:innen, die zusätzlich neben der Geburtshilfe auch mit administrativen Aufgaben belastet sind.

Die Ära der Hebammenschule geht nun zu Ende. Im Jahr 2021 startete letztmalig die Ausbildung zur:zum Geburtshelfer:in in Braunschweig. Denn durch eine EU-Richtlinie wird diese Ausbildungspraxis in einen akademischen Studiengang umgewandelt. Studienstandorte für Hebammenwissenschaften wurden in Niedersachsen bereits in Göttingen, Hannover, Oldenburg und Osnabrück geschaffen. In der gesamten Region Niedersachsen Süd-Ost ist bis heute kein Studienstandort geplant.
Offiziell kooperiert das Klinikum Braunschweig mit der Medizinischen Hochschule Hannover sowie mit dem Studienstandort Oldenburg. Die Studierenden können dort studieren und theoretisch in Braunschweig praktisch lernen. Doch wer im Schichtdienst arbeitet, scheut das Pendeln. Auch ein temporäres Umziehen nach Braunschweig wird allein durch den Wohnraummangel in Braunschweig erschwert bis unmöglich gemacht. Studierende bleiben in der Region, in der sie auch studieren und erlernen dort die Praxis.
Diese Folgen sind bereits heute im Klinikum Braunschweig sichtbar. Es fehlen nicht nur Auszubildende, sondern auch Nachwuchskräfte. Denn es gehen immer mehr Geburtshelfer:innen in Rente. Statistiken sagen voraus, dass in den nächsten Jahren 700 Hebammen Geburtshelfer:innen in Rente gehen. Offene Stellen im Kreißsaal bleiben jetzt schon unbesetzt. Frauen müssen für die Geburt immer häufiger ins Umland fahren. Immer mehr Schwangere in Braunschweig finden keine:n Geburtshelfer:in zur Nachsorge im Wochenbett.

Um diesem Problem zu begegnen, ist die Schaffung eines weiteren Studienstandortes für Hebammenwissenschaften in unserer Region eine Lösung. Denn diese bietet durchaus Potential für solch ein Studium.

I1	Antragssteller*in: UB Braunschweig	Weiterleitung an:
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

Polizeizulage

Die SPD begrüßt die deutliche Erhöhung der Polizeizulage in Niedersachsen. Sie ist ein wichtiges Zeichen der Anerkennung von Polizei, Feuerwehr und Justizbeschäftigten. In den kommenden Haushalten soll auch die Ruhegehaltsfähigkeit abgesichert werden.

K1	Antragssteller*in: ASF-Bezirksvorstand	Weiterleitung an:
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

Einstellung von hauptberuflichen Gleichstellungsbeauftragten in Kommunen ab 10.000 Einwohner*innen (Teilzeit), ab 15.000 (Vollzeit)

Um die Wahrnehmung der verfassungsrechtlich gebotenen Gleichstellung von Frauen und Männern zu gewährleisten, sollen Kommunen in Niedersachsen mit über 15.000 Einwohnerinnen und Einwohnern dazu verpflichtet werden, hauptberuflich arbeitende Gleichstellungsbeauftragte in Vollzeit zu bestellen. Ab 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner sind hauptberuflich tätige Gleichstellungsbeauftragte mit mindestens 50 % der im öffentlichen Dienst üblichen Wochenarbeitszeit zu beschäftigen. Des Weiteren soll in beiden Fällen jeweils für eine ständige Stellvertretung gesorgt werden.

O2	Antragssteller*in: UB Peine	Weiterleitung an:
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

ParitätJetzt

Wir fordern, die gesetzlichen Voraussetzungen zu erarbeiten, um Parität in allen Parlamenten, Orts-und Stadträten sowie Kreistagen zu gewährleisten.

R1	Antragssteller*in: UB Gifhorn	Weiterleitung an:
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

Stellenausbau der Betroffenenberatung Niedersachsen

Rechte Gewalt ist leider heutzutage eine bittere Realität in unserem Lebensumfeld. So auch im Bezirk Braunschweig. Dort, wo rechte Gruppen und Kleinstparteien präsent sind und versuchen sie ihr rassistisches Gedankengut und ihre antisemitische Weltanschauung zu verbreiten, bleibt es bedauerlicherweise nicht aus, dass Menschen, die sich gegen jene Gruppen und Kleinstparteien richten und sich in Bündnissen, Organisationen und Parteien engagieren, Opfern von rechter Gewalt werden. Dies kann auf eine sehr vielfältige Art und Weise geschehen.
Sei es, dass Menschen beleidigt, bedrängt, eingeschüchtert oder sogar zu Opfern physischer Gewalt werden. Es bleiben immer Menschen übrig, die als geschädigte Personen aus der Tat hervorgehen.
Um diese Personen nach solch einem Vorfall zu unterstützen, gibt es die Betroffenenberatung Niedersachsen, welche eine Beratung und psychische Unterstützung bei Übergriffen für Betroffene anbietet. Außerdem informiert sie über die rechtlichen Möglichkeiten, die die jeweiligen Betroffenen haben, um gegen solch eine Tat vorzugehen. Des Weiteren helfen sie den Geschädigten während der Gerichtsverhandlung, wenn es zu einer Anklage kommt, in Form einer Prozessbegleitung und unterstützen die Opfer Wege zu finden, den Prozess zu finanzieren. Selbstverständlich ist das Angebot kostenlos.

Konkret ist für den Großraum Braunschweig die Betroffenenberatung „Region Süd-Niedersachen“ zuständig, welche in Hildesheim ansässig ist. Um das dringend nötige Angebot der Betroffenenberatung in unserer Region zu unterstützen,

<u>fordern wir deshalb:</u>

- einen Stellenausbau der Betroffenenberatung, um zu gewährleisten, dass zu jederzeit die Beratung von Betroffenen sichergestellt ist.

- die Einrichtung einer Zweigstelle oder eines zusätzlichen Büros in Braunschweig, um vor Ort in Braunschweig die Möglichkeit zu schaffen, schnell und unmittelbar eine persönliche Beratung anzubieten

S1	Antragssteller*in: UB Helmstedt	Weiterleitung an:
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

Gesetz gegen Lebensmittelverschwendung – Unterstützung der gemeinnützigen Hilfsorganisationen, die Lebensmittel, welche im Wirtschaftskreislauf nicht mehr verwendet und ansonsten vernichtet werden würden, an Bedürftige verteilen oder gegen geringes Entgelt abgeben

Lebensmittelhandel, Großgastronomie und Lebensmittelindustrie in Deutschland sollen gesetzlich verpflichtet werden, unverkäufliche, aber noch unverdorbene Lebensmittel an karitative Organisationen zu spenden. Lebensmittel ungenießbar zu machen soll untersagt werden. Auf Bundes- und Landesebene sollen die Tafeln gemeinnützigen Hilfsorganisationen, die Lebensmittel, welche im Wirtschaftskreislauf nicht mehr verwendet und ansonsten vernichtet werden würden, an Bedürftige verteilen oder gegen geringes Entgelt abgeben dauerhaft finanziell unterstützt werden, um Logistik, regionale Verteilung, Lager- und Kühlkapazitäten auszubauen und auch hauptamtlich zu koordinieren.

S2	Antragssteller*in: UB Gifhorn	Weiterleitung an:
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

Sozialversicherung stärken, starke Schultern solidarisch einbeziehen

Die Beitragsbemessungsgrenzen der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung sowie die Jahresarbeitsentgeltgrenze sollen mittelfristig erhöht werden.
Die Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung soll ebenfalls mittelfristig erhöht werden.

U1	Antragssteller*in: Juso-Bezirksvorstand	Weiterleitung an:
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

Wiiiyyyyyld! - 3 Prozent Wildnis sind das Minimum für eine wilde Welt

Die Flutkatastrophe im Ahrtal, versiegendes Grundwasser und immer heißere Sommer – es ist ganz klar: regional sind die direkten Folgen des Klimawandels hier in Deutschland längst angekommen. Zum Abwenden der Langzeitwirkungen der Umweltbelastungen laufen unter dem Schlagwort Biodiversität, also dem Erhalt der Artenvielfalt, deutschlandweit zwar viele Maßnahmen. Doch sie sind in ihrem jetzigen Umfang nicht ausreichend, weder um die Klimaneutralität noch um das Abwenden der Klimaschäden erfolgreich zu erreichen. Auch werden die selbstgesetzten Vorgaben nicht zuverlässig erreicht. Und so ist auch das 2%-Wildnis-Ziel aus der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS) 2020 krachend verfehlt worden.

Ist das wild (?)

Wildnis wurde in der NBS folgendermaßen definiert: „Wildnisgebiete i. S. der NBS sind ausreichend große, (weitgehend) unzerschnittene, nutzungsfreie Gebiete, die dazu dienen, einen vom Menschen unbeeinflussten Ablauf natürlicher Prozesse dauerhaft zu gewährleisten." Die Mindestgröße eines unzerschnittenen Gebietes ist dabei 1.000 Hektar. Erst dann gilt es als „Wildnis". Im Jahr 2020 kam die Bundesrepublik Deutschland somit gerade einmal auf 0,6 Prozent Wildnis, d.h. Fläche, auf der sich Wildnis entwickeln kann. Denn sogenannte primäre Wildnis gibt es in Deutschland kaum bis gar nicht. Auch sind Wildnisgebiete nicht einfach mit Naturschutzgebieten oder anderen Schutzkategorien gleichzusetzen. Es gibt für Wildnisräume, in denen die Natur sich selbst überlassen, keine klassifizierte Schutzkategorie.
Die Flächenverteilung in Deutschland beläuft sich auf etwa 51 % landwirtschaftliche Nutzung, 30 % Wälder und 14,5 % Siedlungs- und Verkehrsfläche. Die übrige Fläche bedecken Seen, Flüsse und Gewässer sowie genauso wie Kies- und Braunkohlegruben, Abraumhalden und ehemalige Militärgelände.

Wildnis ist Biodiversität ihrer pursten Form

Bereits der Antrag U4 des Juso-Bundeskongresses 2021 setzt sich intensiv mit klimaneutraler Landwirtschaft und Biodiversität auseinander. Daran anschließend soll mit diesem Antrag zum Thema Biodiversität die Forderung nach Wildnisgebieten in Deutschland entwickelt werden.
Denn mit dem Sterben der Arten (ein Drittel der Arten in Deutschland steht auf der Roten Liste) wird die Balance des Ökosystems ins Mark getroffen. Nach zwei Jahrhunderten der industriellen Ausbeutung von Menschen und Natur, benötigt die Natur ein Minimum an Rückzugsraum, um sich endlich zu erholen. Von einem großen Paket Biodiversitätsmaßnahmen ist Wildnis ein vergleichbar kleiner Teil, doch gleichzeitig ein unglaublich wichtiger und nicht verzichtbarer Teil, den wir als Jusos fordern. Wildnis ist Biodiversität in ihrer pursten Form.
Wegen des Artensterbens schwindet Jahr für Jahr die Lebensgrundlage auf unserem Planeten. Für die Bundesrepublik Deutschland ist es wichtig, Wildnisgebieten ausreichend Platz einzuräumen. Erstens um regional ganz praktisch und konkret für klimatische Verbesserung zu sorgen. Und zweitens, weil nur so die notwendige Reputation für die aktuell stagnierenden internationalen Verhandlungen aufgebaut werden kann, ohne die die weltweit

zum Klima- und Umweltschutz entscheidenden Vorstöße, etwa zum Erhalt von Regenwäldern und anderen Naturschutzgebieten, nicht gelingen können.

Wir fordern deshalb:

- Die Erhöhung des Anteils an Wildnisgebieten in Deutschland von 0,6% auf 3% bis 2030 und Festlegung der Erhöhung des Flächenziels bis 2050.

- Die Fortentwicklung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt auf Bundesebene sowie eine einschlägige Definition von Wildnisgebieten.

- Klassifizierung von Wildnis gebieten als eigene Schutzkategorie mit dem Zweck, die Natur ohne menschliche Einflüsse sich selbst zu überlassen und sich zu primärer Wildnis zu entwickeln.

- Die belastbare Feststellung der bundesweit bestehenden Wildnisgebiete nach den zuvor auf Bundesebene bestimmten Kriterien durch die Länder.

U2	Antragssteller*in:	Weiterleitung an:
	UB Wolfenbüttel	Bundesparteitag
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

ASSE II – Standortvergleich und Rückholung des Atommülls

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz wird aufgefordert, die Bundesgesellschaft für Endlagerung anzuweisen, einen Standortvergleich für die Errichtung eines Atommüll-Zwischenlagers durchzuführen, der neben dem Asse-nahen Standort mindestens zwei weitere, Asse-ferne Standorte einbezieht.

U3	Antragssteller*in:	Weiterleitung an:
	UB Braunschweig	
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

Antrag: Entwicklung von Wärmekonzepten fördern

Die SPD-Fraktionen im Bund und im Land werden aufgefordert, die Entwicklung von Wärmekonzepten zu fördern.
Dabei sollen den lokalen und regionalen Gegebenheiten entsprechende, sehr unterschiedliche Ansätze berücksichtigt werden.

U4	Antragssteller*in: Juso-Bezirksvorstand	Weiterleitung an:
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

EECS-GoO-Handel verbieten

Als EECS-GoO-Handel wird der Handel mit Herkunftsnachweisen für erneuerbaren Strom bezeichnet. Schon das Vorgängermodell, die RECs (Renewable Energy Certificates), waren als Greenwashing-Methode für Stromanbieter und Industrie bekannt.

Jedes Mal, wenn eine Megawattstunde Stroms aus erneuerbaren Quellen produziert, wird dem produzierenden Unternehmen ein EECS-GoO-Zertifikat (EECS: European Energy Certificate System) ausgehändigt. Wenn nun beispielsweise ein Industrieunternehmen für seine Produktion ebendiesen Strom aus erneuerbaren Quellen einkauft, dann kann das Industrieunternehmen in seiner Bilanz ausweisen, dass sein Produkt einen geringeren CO2-Abdruck aufweist als andere herkömmlich hergestellte aber sonst gleiche Produkte.

Problematisch ist aber, dass die EECS-Zertifikate, sobald sie an das Strom produzierende Unternehmen ausgestellt wurden, auch unabhängig vom Strom verkauft werden können. Das bedeutet, dass Unternehmen die Zertifikate kaufen und den Strom bei sich als ökologisch produziert bilanzieren dürfen. Das können Stromhandelsunternehmen sein, die bei sich dann ökologischen Strom bilanzieren, und dann diesen als ein „grünes“ Stromprodukt an Endverbraucher:innen verkaufen. Das können auch Industrieunternehmen sein, die ihre Produktion dann als grüner bilanzieren als sie wirklich ist. Ersteres ist allgemein hin als Greenwashing bei Ökostromprodukten bekannt. Letzteres ist in verschiedenen Studien bei diversen internationalen Unternehmen festgestellt worden. Viele von diesen bekennen sich öffentlich aber zu den Pariser Klimaschutzzielen.

Das Strom produzierende Unternehmen, das die Zertifikate verkauft, gibt seinen Strom ins Netz und dieser Strom wird dann nur noch als sogenannter Graustrom, also Strom, der dem Durchschnittsenergiemix im Netz entspricht, geführt. Der reine Handel von EECS-GoO-Zertifikaten losgelöst vom real produzierten grünen Strom birgt somit keinen Vorteil für die Transparenz von Stromherkunft oder der Produktionsweise von bestimmten Produkten. Er ist ein einziger großer Schwindel.

Wir fordern deshalb den sofortigen Stopp des reinen EECS-GoO-Zertifikat-Handel.

V1	Antragssteller*in: UB Braunschweig	Weiterleitung an:
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

Unterstützung der Wiederaufnahme des Personenverkehrs auf der Bahnstrecke (Hbf) - Gliesmarode – Rühme – Wendeburg - (Celle)

Der Bezirksparteitag fordert die betroffenen Gebietskörperschaften auf, sich verstärkt für die Wiederaufnahme des Personenverkehrs auf der obigen Bahnstrecke einzusetzen und die derzeitigen Planungs- und Prüfungsverfahren positiv zu begleiten und so einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz in der Region zu leisten.

V3	Antragssteller*in: Juso-Bezirksvorstand	Weiterleitung an:
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

Strategischer Ladeinfrastrukturausbau in Kommunen in Deutschland – Erreichen der Treibhausgasemissionsziele im Verkehrssektor mit Ladeinfrastrukturkonzepten in allen Landkreisen, Kreisen und kreisfreien Städten

Wir fordern, das Bekenntnis sämtlicher Landesregierungen in Deutschland zu verbindlichen Ausbauzielen für Ladeinfrastruktur. Sie müssen geeignet sein, um die angestrebte Treibhausreduktion im Pkw-Bereich auch wirklich gewährleisten zu können.

V4	Antragssteller*in: Juso-Bezirksvorstand	Weiterleitung an:
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

Für die Gestaltung eines Radweges am Mittellandkanal und dem Stichkanal nach Salzgitter

Der Mittellandkanal ist eine bedeutende Bundeswasserstraße. Er ist sogar die längste künstliche Bundeswasserstraße Deutschlands und bahnt sich seinen Weg mitten durch unsere Region. Das Gelände um den Kanal steht im Eigentum des Bundes und unter der Verwaltung des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes (WSA) Mittellandkanal/Elbeseitenkanal. Er verbindet Rhein und Elbe miteinander und hat daher für den internationalen Schiffsverkehr eine enorme Bedeutung.

Leider hat es unsere Region bisher versäumt, das Areal um den Kanal infrastrukturell zu nutzen. Auch, wenn das WSA auf beiden Seiten der Kanäle notwendige "Betriebswege" zur Aufrechterhaltung des Schiffverkehrs unterhält, sind diese an vielen Stellen für Radfahrer*innen nicht nutzbar. Stürze und Verletzungen sind oft die Folge. Die Strecke entlang des Kanals, die landschaftlich nicht uninteressant ist, kann daher nicht überall mit dem Fahrrad genutzt werden, wodurch großes Potential verschenkt wird. Ganz anders sieht es in der Region Hannover aus. Diese hat in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Wasser- und Schifffahrtsamt ein Konzept zur Gestaltung von Radwegen am Kanal erarbeitet.

Radwege ermöglichen ihren Nutzer*innen Mobilität und sportliche Erholungsmöglichkeiten. Sie würden vielen Berufstätigen die Möglichkeit geben, ihre Arbeitsstätte kostengünstig, klimaneutral und ohne Autolärm zu erreichen. Radwege an zahlreichen anderen Binnenflüssen wie zum Beispiel der Weser oder der Elbe fördern zudem die touristische Attraktivität der Region. Das Gewerbesteuerpotential kann eine Säule der Gegenfinanzierung darstellen.

Mit der Gestaltung eines Radweges in unserem Bezirk wäre es problemlos möglich, von Wunstorf hinter Hannover bis nach Braunschweig oder Salzgitter mit dem Rad zu fahren. Der Bund stellt zudem aktuell ein Förderprogramm für Radwege an Wasserstraßen bereit, bei dem 90% der Investitionskosten förderfähig sind. Diese Mittel sollten genutzt werden.

Deswegen fordern wir die Errichtung eines modernen Radweges am Mittellandkanal und am Stichkanal nach Salzgitter.

W1	Antragssteller*in: Juso-Bezirksvorstand	Weiterleitung an:
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

Kostenlose Toilettennutzung für alle

Wir fordern, dass alle Toiletten an deutschen Autobahnen kostenfrei zu benutzen sind und barrierefrei ausgestattet werden. Dafür kann die Rückführung der Tank- und Raststätten in staatliche Hände eine Lösung sein.

W2	Antragssteller*in: Juso-Bezirksvorstand	Weiterleitung an:
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

Housing first“ – Wohnen ist ein Menschenrecht – aktive Bekämpfung von Obdachlosigkeit

Der Wohnungsmarkt in Deutschland befindet sich seit mehreren Jahren in einer angespannten Situation. Fehlender bedarfsgerechter Wohnraum, steigende Mietpreise und Bauland als Spekulationsobjekt auf dem Kapitalmarkt verschärfen die Wohnungsnot von Menschen im Niedriglohnsektor. Insbesondere in den Krisenzeiten wie der Corona-Pandemie sorgte der Verlust des Arbeitsplatzes bei gleichbleibenden Problemen im Wohnsektor für finanzielle Probleme bei vulnerablen Gruppen. So stieg in den letzten Jahren die Zahl von Menschen in Obdachlosigkeit stark an. Nach einer Schätzung der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. stieg die Zahl der wohnungslosen Menschen von 237.000 im Jahr 2018 auf 256.000 im Jahr 2020. Davon lebten ungefähr 45.000 auf der Straße, sind also per Definition Obdachlos.
Dazu muss gesagt werden, dass die Dunkelziffer wahrscheinlich noch viel höher ausfällt, da nicht alle von Obdachlosigkeit betroffenen die bestehenden Hilfsangebote nutzen und somit unter dem Radar durchfallen. Überhaupt entsprechen die Hilfsangebote nicht der Realität der

Menschen auf der Straße. Sei es bedingt durch eine herabwürdigende Praxis bei der Beantragung von Obdachlosenhilfe, wo schon allein der Weg zu öffentlichen Stellen und die komplizierte Antragstellung für Scham und Unwohlsein bei den Menschen sorgt. Auch die Unterbringung der Menschen in Notunterkünften ist nur für einen kurzfristigen Zeitraum vorgesehen und hilft nicht dabei, die Wohnsituation langfristig zu verbessern. Dass für viele alltägliche Dinge ein fester Wohnsitz die Grundlage des weiteren Handels ausmacht, als Beispiel dem Nachgehen einer Arbeit oder die Beantragung eines Bankkontos, muss ein Paradigmenwechsel von statten gehen. Hier ist der „housing first"-Ansatz ein Weg in die richtige Richtung. Dabei müssen betroffene nicht einem langen Prozess aus Annahme von Beratungsgesprächen, Antragstellung etc. durchlaufen, bis sie in einer Wohnung können, sondern es wird ihnen zuallererst eine Wohnfläche vermittelt. Es soll so die Möglichkeit geschaffen werden, Menschen dauerhaft aus der Obdachlosigkeit rauszuholen. Verbunden mit der Methode ist ein unterschwelliges Betreuungs- und Hilfsangebot, um den Betroffenen bei ihrem Weg zu unterstützen. Wichtig dabei ist die Freiwilligkeit der Annahme der Angebote sowie die Trennung des Wohnraums von der Betreuungsstelle.

Eine Nichtannahme soll unter keinen Umständen zum Verlust der Wohnung führen. Auch soll es keine zeitliche Begrenzung der Nutzung der Wohnräume geben. Die Betroffenen sollen, solange der Bedarf für sie besteht, alle Angebote ausschöpfen können. Es muss ihnen schnell und unbürokratisch die Möglichkeit zur Beantragung von Transferleistungen gegeben werden. Damit dieser Ansatz funktionieren kann, muss der Bund bei seiner Wohnoffensive das housing first-Konzept in deutlicher Weise fördern und somit auch seiner Verantwortung nachkommen. Es müssen beim Neubau von öffentlich geförderten Wohnungen eine verbindliche Quote für das Konzept festgelegt werden. Auch bei Bestandswohnungen sollen eine verbindliche Anzahl an „housing-first"-Wohnungen bei Neuvermietungen vergeben werden. Finanziell muss der Bund durch Baukostenzuschüsse beisteuern. Auch darüberhinaus müssen die Mittel für die Prävention- und Hilfsangebote bei Wohnungsnot aufgestockt werden. Vorstellbar ist hier ein Fördertopf für die genannten Maßnahmen. Es muss ein breites und flexibles Hilfsnetzwerk vor Ort für die Betreuung der Menschen bestehen, weshalb auch zusammen mit „housing-First" das soziale Quartiersmanagement aus Bundesmitteln gestärkt werden muss.

Ini1	Antragssteller*in: Bezirksvorstand	Weiterleitung an
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

Kein Sparen auf Kosten junger Menschen

Der SPD-Bezirk Braunschweig fordert die SPD- Bundestagsfraktion und die Bundesregierung auf an den Vereinbarungen des Koalitionsvertrages zur Kindergrundsicherung festzuhalten. Projekte wie die Kindergrundsicherung dürfen nicht infrage gestellt werden. Wir brauchen eine echte Kindergrundsicherung damit die Lebenschancen der Kinder und Jugendlichen nicht vom Konto- und Bildungsstand der Eltern abhängen.

In den Verhandlungen über den Bundeshaushalt in den vergangenen Wochen konnte erlebt werden, wie Kinder und Jugendliche einmal mehr aus dem Blickfeld der Bundespolitik geraten sind. Viele der im Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen wie die Kindergrundsicherung sind finanziell nicht gesichert.

Der SPD Bezirk Braunschweig erwartet die auskömmliche und langfristige Finanzierung einer echten Kindergrundsicherung!

Eine Kindergrundsicherung, die ihren Namen verdient, strebt eine sozial gerechte Familienförderung an, die armutsbetroffene Kinder- und Jugendliche mehr unterstützt als Kinder- und Jugendliche aus wohlhabenden Familien.
Darüber hinaus muss eine neue Leistung neben einer armutsfesten Höhe auf Grundlage der Neuberechnung des kindlichen Existenzminimums eine weitgehend automatische Auszahlung beinhalten, die alle Anspruchsberechtigten erreicht. Diese Leistung muss mehr ermöglichen als die schiere Existenz – sie muss Teilhabe sichern und gemeinsam mit Kindern, Jugendlichen und ihren Verbänden definiert werden.

Anträge aus dem Jahr 2021
Beschlossen beim Bezirksparteitag 2023

Fi1	Antragssteller*in: Juso Bezirksvorstand	Weiterleitung an
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an __	

Abschaffung der SCHUFA – Einführung einer staatlichen Wirtschaftsauskunft

Wir fordern ein Verbot von privaten Wirtschaftsauskunfteien, zur Bewertung der Bonität von Unternehmen und Personen. Als Ersatz wird eine unabhängige öffentliche Stelle geschaffen, die das Verfahren transparent gestaltet und den betroffenen Firmen bzw. Personen alle gesammelten Daten und Schlussfolgerungen kostenfrei Auskunft geben muss. Ihre primäre Aufgabe ist es, sicherzustellen, dass sich Unternehmen und Privatpersonen nicht überschulden.

Fi2	Antragssteller*in: UB Peine	Weiterleitung an
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an	

Für eine gerechtere Besteuerung von Kapitaleinkünften

Wir fordern die Abschaffung der Abgeltungssteuer und dass Kapitalerträge dem progressiv ansteigenden Einkommensteuersatz unterliegen. Die Anhebung des Sparer-Pauschbetrags auf 1.000 € und die Abziehbarkeit von Werbungskosten bei Einkünften aus Kapitalvermögen
Weiteren Ausbau des Datenaustausches zwischen Banken und Finanzbehörden

Fi3	Antragssteller*in: UB Peine	Weiterleitung an
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _	

Gerechter erben

Wir fordern einen Erbschaftssteuerfreibetrag von 1.000.000€ einen universellen Steuersatz, der auf bis zu 25% ab 30.000.000€ ansteigt Einen „Reichensteuersatz“ von 40% ab 100.000.000€ keine Ausnahmen, aber die Möglichkeit die Zahlung auf bis zu zehn Jahre zu stunden Eine selbstgenutzte Immobilie kann erbschaftssteuerfrei vererbt werden

Diese Änderungen sorgen für höhere staatliche Einnahmen, die dem Gemeinwohl zugutekommen. Die Last dieser Steuer wäre fairer verteilt, ohne einzelne zu überlasten.

Fi4	Antragssteller*in: UB Braunschweig	Weiterleitung an
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an	

Steuererleichterungen für Reparaturdienstleistungen

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass

a) Reparaturarbeiten an Geräten zukünftig steuerlich begünstigt werden.

Das könnte durch einen deutlich reduzierten Mehrwertsteuersatz oder durch eine steuerlicheAbsetzbarkeit der Arbeitsleistung geschehen.

.- b) die Reparaturtiefe, d. h. die Zerlegbarkeit und Wiedermontage, von Geräten erhöht wird.

Das könnte z. B. konstruktiv durch lösbare Verbindungen der Komponenten mit hohem Schadensanteil anstatt von integrierten Funktionseinheiten umgesetzt werden. Bsp.: Akkus und Touchscreens von Mobiltelefonen

- c) die Umsetzung von Reparaturen auch für herstellerunabhängige Betriebe zu ermöglichen. das wird möglich durch offen zugängliche Reparaturanleitungen, dem Angebot kostengünstiger Ersatzteile und eine Reparatur ohne die Notwendigkeit von Sonderwerkzeugen.

Für b) und c) sind entsprechende rechtliche Vorgaben zu beschließen:

G1	Antragssteller*in: UB Peine	Weiterleitung an
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

Bedarfsplanung für Psychotherapie an den tatsächlichen Bedarf anpassen

Die derzeitige Bedarfsplanung der Krankenkasse unterschätzt stark den Bedarf für psychotherapeutische Behandlungen. Dadurch gelten Bereiche, in denen Psychotherapeut*innen vollständig ausgelastet sind schon als stark überversorgt. Das belastet Psychotherapeut*innen, aber besonders Patient*innen, die häufig langen Wartezeiten, weite Anfahrtszeiten und viele erfolglose Versuche einen Therapieplatz zu finden aushalten müssen, bevor sie in Behandlung kommen. Gerade psychisch Kranken sind solche Hürden auf dem Weg zur Behandlung nicht zumutbar. Vielen psychisch Kranken wird dadurch eine schnelle Behandlung und Besserung verwehrt.
Deswegen fordern wir, dass die Bedarfsplanung für die Arztgruppe 7 (Psychotherapeuten) eine realistische Zeit pro Fall / Patient*in als Referenzwert nutzt. Dieser Referenzwert sollte die durchschnittliche Dauer einer Psychotherapie sein. Außerdem sollten Urlaub, Büroarbeiten sowie Fortbildungen berücksichtigt werden.

K1	Antragssteller*in: UB Braunschweig	Weiterleitung an
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

Änderung Niedersächsisches Kommunalwahlgesetz

Wir fordern die niedersächsische Landtagsfraktion dazu auf, dass Kommunalwahlgesetz dahingehend zu ändern, dass keine private Anschrift mehr von Mandatsträger*innen von den Kommunen veröffentlicht werden muss.

K2	Antragssteller*in: UB Braunschweig	Weiterleitung an
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

L**ife in the hood“ - Maßnahmen zur Rettung der Kommunen**

Entlastung der Kommunen durch einen Schuldenschnitt
Um die Handlungsfähigkeit der Kommunen wiederherzustellen, sollen durch den Bund die Altschulden der Gemeinden übernommen werden. Es handelt sich hierbei größtenteils um

aufgenommene Kassenkredite zur Tilgung von laufenden Zahlungen. Eine Entlastung der Schulden würde finanzielle Mittel freisetzen, womit der Investitionsstau der betroffenen Kommunen bekämpft werden könnte. Insbesondere wichtige Aufgaben wie die Sanierung von Öffentlichen Gebäuden (Schulen,Schwimmbäder etc.) könnten mit den Mitteln in Angriff genommen werden. Eine Befreiung von der Schuldenlast würde den Kommunen mehr Planungssicherheit geben sowie eine Konsolidierung ihres Kommunalhaushalts ermöglichen. Weiter könnten Arbeitsplätze in der Verwaltung und bei den kommunalen Unternehmen durch den Schnitt gerettet werden. Diese Maßnahme würde ganz besonders den durch die Corona-Pandemie betroffenen Gemeinden helfen, Ausfälle aus den Gemeindesteuern und Gebühren abzufedern.

Reform des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) – Einrichtung Solidaritätsfonds
Der kommunale Finanzausgleich ist ein Instrument ähnlich des Länderfinanzausgleichs zur solidarischen Umverteilung von kommunalen Finanzen. Hiermit sollen gleichwertige Lebensbedingungen in allen Kommunen geschaffen werden. Der KFA wird hauptsächlich durch die einzelnen Länder vollzogen. Dabei unterscheidet man zwischen den vertikalen KFA (Verteilung vom jeweiligen Bundesland an die Kommunen) und den horizontalen KFA (Verteilung zwischen den Kommunen). Zwar ist es richtig, dass der Finanzausgleich im Aufgabenbereich der einzelnen Ländern verordnet ist. Jedoch ist es auch gleichzeitig falsch, sich als Gesamtstaat nicht an den Ausgleichsmaßnahmen zu beteiligen. Denn Bundesländer, die selber auf den Länderfinanzausgleich angewiesen sind, können auch nur in begrenzter Form den Kommunen im Sinne des vertikalen KFA helfen, wenn die Finanzmittel gleichzeitig für die Konsolidierung der Länderfinanzen dienen. Ebenfalls würde der horizontale KFA nur gering die Herstellung gleicher Verhältnisse in den Kommunen bewirken, wenn an sich die Gemeinden in einem Bundesland weniger zu Verfügung haben als Gemeinden in einem anderem Bundesland. Hinzu kommt noch, dass der KFA von Bundesland zu Bundesland im Sinne von Zuweisungsbeträgen, Verteilungsquoten und den Handlungsmethoden unterschiedlich gestaltet ist. Dies erschwere nicht nur die Vergleichbarkeit der Kommunen, sondern würde dauerhaft die finanziellen und sozialen Unterschiede verstärken. Deshalb ist es gerade wichtig, dass sich der Bund auch im Hinblick auf das Grundgesetz, nämlich überall für gleiche Lebensverhältnisse zu sorgen, stärker am KFA beteiligt und die Länder bei der Ausführung unterstützt. Die Unterschiede beim KFA sollte in der Zusammenarbeit der Länder durch die Festlegung einer gemeinsamen Arbeitsgrundlage und festgelegten Methoden schrittweise abgebaut werden. Über den KFA hinaus sollte der Bund für die Rettung von finanzschwachen Kommunen einen bundesweiten Solidaritätsfonds einrichten. Dieser würde ähnlich wie der horizontale KFA funktionieren. Wohlhabende Kommunen würden einen bestimmten Anteil aus ihren Gesamtfinanzen in diesen Fonds zahlen. Das Geld aus dem Fond würde nach einem Verteilungsschlüssel bundesweit auf die Kommunen verteilt werden. Hier könnten vor allem Strukturschwache Regionen von den Finanzierungshilfen profitieren, die bisher durch den KFA nicht ausreichend unterstützt werden konnten.

Entlastung bei den Sozialausgaben

Wie bereits erwähnt haben die Kommunen während der Corona-Pandemie, aber auch schon davor mit gestiegenen Sozialausgaben zu kämpfen, während die kommunalen Steuereinnahmen wegbleiben. Dies sind keine Einzelfälle und es zeichnet sich ein Trend ab, dass es immer mehr Gemeinden betreffen wird. Auch weil hier die Kommunen aus Sparzwang gezwungen sind, die kommunalen Steuersätze zu erhöhen, was sich eher abschreckend auf ansiedlungswillige Menschen auswirkt. Zudem verstärke dies nur den Konkurrenzkampf zwischen den Kommunen um den perfekten Standort für Unternehmen und sorgt langfristig für die Verstärkung der Ungleichheit. Um diesen Prozess zu stoppen, fordern wir die stärkere Beteiligung des Bundes an den Sozialausgaben der Kommunen. Der Bund soll hier für Entlastung der kommunalen Haushalte sorgen, wodurch mehr finanzielle Mittel für wichtige Projekte der Kommunen freigesetzt werden und zudem die Kommunen die Möglichkeit haben,

einen ausgeglichenen Haushalt erzielen zu können. Auch soll durch die Maßnahme verhindert werden, dass die kommunale Steuersätze starken Differenzen zwischen den Kommunen ausgesetzt sind.

Bundesweite Konsolidierungshilfen

Auch wenn Maßnahmen wie Schuldenerlasse oder finanzielle Ausgleichsmaßnahmen für Abhilfe sorgen können, reicht dies bei vielen Kommunen bei weitem nicht für die Herstellung eines ausgeglichenen Haushaltes aus. Meistens werden für die Zielerreichung Kassenkredite zur Tilgung von laufenden Zahlungen aufgenommen, wodurch sich Kommunen immer mehr verschulden. Um das Problem zu bewältigen haben die Länder verschiedene Finanzprogramme aufgestellt, welche die weitere Aufnahme von Kassenkrediten obsolet macht und den Kommunen bei der Konsolidierung ihrer Haushalte helfen soll. Problem hierbei ist, dass in den Bundesländern diese Haushaltshilfen zur Hälfte oder gar zu zwei Dritteln von den Kommunen mitfinanziert werden. Bei einer Kommune mit geringer Steuerkraft und hohen Zuweisungen stellt dies eine höhere Belastung dar als die eigentliche Entlastung. Zumal sind Kommunen mit den erhaltenen Hilfen zu harten Sparmaßnahmen verpflichtet, um einen vollständigen Haushaltsausgleich zu erreichen. Da dies bekanntermaßen die Situation der Kommunen verschlechtern würde, muss auch hier der Bund die Länder bei den Konsolidierungshilfen beitragsmäßig unterstützen. Statt des Sparzwangs sollten den Kommunen seitens der Landesrechnungshöfen freiwillige Handlungsempfehlungen aufgezeigt werden, die zur Lösung der kommunalen Problemen helfen können.

Investitionshilfen zur Umsetzung von kommunalen Projekten

Eines der größten Probleme für die Kommunen ist die Anhäufung der erforderlichen Inventionen, die durch Sparmaßnahmen nicht getätigt werden können. Der Investitionsstau senkt im erheblichen Maße die Lebensqualität der betroffenen Gemeinden. Auch hier bleibt meist keine andere Wahl, als Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge dem kapitalistischen Markt zu überlassen. Wohlgemerkt auf Kosten der sozialen Teilhabe. Auch die Aufnahme von Kommunalkredite stellen nicht die Lösung dar aufgrund der Kompliziertheit der Antragstellung und der langen Laufzeit. Der Bund und die Länder müssen den Kommunen stärker unter die Arme greifen als bisher und sich an kommunalen Projekten direkt beteiligen. Dies betrifft im besonderen Maße Infrastrukturmaßnahmen, den Wohnungsbau, Ausstattung der Schulgebäude usw. Es muss eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, die die Kooperation zwischen den Kommunen und den anderen Gliederungen des Staats möglich machen, ohne dabei das Recht auf Selbstverwaltung zu streichen.

O4	Antragsteller*in: AG Queer	Weiterleitung an
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an	

Papierlose Konferenzen

Wir fordern die Umsetzung von nahezu papierlosen Konferenzen, indem allen Teilnehmenden der Versammlung im Voraus mit der Einladung ein digitales Antragspaket und eine digitale Tages- sowie Geschäftsordnung zugesandt wird. Zur Konferenz werden auf Wunsch Antragspakete in gedruckter Form zur Verfügung gestellt,

Änderungsanträge werden wie bisher gebündelt in gedruckter Form zur Verfügung stehe

S1	Antragssteller*in: AfA-Bezirksvorstand	Weiterleitung an
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet	

Verlängerung der langfristigen Sozialbindung auf geförderten Wohnraum

Die SPD-Bundestagsfraktion und der SPD Bundesparteitag sollen sich dafür einsetzen, dass die Sozialbindungsfrist von gefördertem Wohnraum deutlich verlängert wird. Dies gilt für bestehende Wohneinheiten sowie für neu geschaffene Wohnungen im sozialen Wohnungsbau.

S2	Antragssteller*in: UB Wolfenbüttel	Weiterleitung an
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an __	

Subsidiaritätsprinzip

Die frei gemeinnützigen und anerkannten Träger (Wohlfahrtsverbände) sind eine tragende Säule des Sozialstaates und vertreten einen Großteil der Zivilgesellschaft. Ziel ihrer Tätigkeiten ist eine wirksame Ergänzung zum Wohle von Hilfesuchenden. Die Grundlage des Handelns der öffentlichen und freien Träger fußt auf dem Subsidiaritätsprinzip

Die Aufgabenbeschreibung im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips schließt das Einbringen von Eigenanteilen zur Übernahme dieser Aufgaben aus.

S3	Antragssteller*in: Juso Bezirksvorstand	Weiterleitung an
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an _____	

Verschwendung vorbeugen – Containern legalisieren

Der Bezirksparteitag möge beschließen, dass das sogenannte „Containern“, bei dem eigentlich weggeworfenen Lebensmittel von z. B. Supermärkten mitgenommen werden, legalisiert werde.
Bisher gelten weggeworfene Lebensmittel als Eigentum, weshalb „Containern“ als Diebstahl gemäß §§242 f. StGB strafbar sein kann. Dennoch werden in Deutschland jedes Jahr ungefähr 13 Millionen Tonnen Lebensmittel weggeworfen. Dadurch entsteht ein großes ökologisches und ethisches Problem. Zum einen werden viele Ressourcen, die zur Herstellung der

Lebensmittel benötigt werden, verschwendet, zum anderen sind von dem Verbot vor allem Menschen betroffen, die Containern aus Armut oder Protest gegen die sogenannte Wegwerfgesellschaft betreiben.

Um dem Problem der Lebensmittelverschwendung vorzubeugen, sollen weggeworfene Lebensmittel nicht mehr als Eigentum in dem Sinne definiert werden, wie es auch ein diesjähriger Vorstoß des Hamburger Justizsenators besagt. Damit einhergehend sind potentielle Regelungen, die es Supermärkten in Zukunft verbieten, genießbare Lebensmittel einfach wegzuwerfen, anstatt sie an gemeinnützige Organisationen zu spenden. Anstatt die Menschen zu bestrafen, die weggeworfene Lebensmittel an sich nehmen, sollte versucht werden, darauf hinzuwirken, dass genießbare Lebensmittel gar nicht mehr weggeworfen werden.

U2	Antragssteller*in: UB Braunschweig	Weiterleitung an
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an __	

Kein Import von Fracking-Gas - Brückentechnologie Erdgas – Priorität für Entwicklung der Wasserstofftechnologie

Der Bezirksausschuss möge beschließen:

1. Die SPD –Bundestagsfraktion wird aufgefordert, den Import von Fracking-Gas für die Energieversorgung in Deutschland zu verhindern. 23

2. Erdgas darf als Brückentechnologie nur so lange wie notwendig eingesetzt und importiert werden, bis ausreichend erneuerbare Energien zur Verfügung stehen.

3. Die Entwicklung der „Grünen Wasserstofftechnologie“ muss mit höchster Priorität für Industrie und Schwertransport vorangetrieben und die entsprechende Infrastruktur ausgebaut werden, um neue Arbeitsplätze in zukunftssicheren Industriebereichen zu entwickeln.

U3	Antragssteller*in: UB Wolfenbüttel	Weiterleitung an
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an __	

Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung für die Ölschiefervorkommen bei Schandelah und Hondelage aus dem Landesraumordnungsprogramm (LROP) streichen

Wir wenden uns gegen die Forderung der Rohstoffgewinnung des Ölschiefervorkommen in Schandelah und Hondelage

U4	Antragssteller*in: UB Wolfenbüttel	Weiterleitung an
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet an __	

Keine Standortfestlegung für ein Zwischenlager ohne vorherigen Standortvergleich

Wir fordern den Parteitag auf:

sich für die Prüfung weiterer möglicher Standorte für ein Zwischenlager einzusetzen
sich beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit einzusetzen, dass die BGE den kompletten Standortauswahlprozess unter maximaler Transparenz und mit der Möglichkeit der BürgerInnenbeteiligung durchzuführt
sich auf Kreisebene dafür einzusetzen, dass der dringend benötigte Beteiligungsprozess innerhalb der Asse II-Begleitgruppe fortgesetzt wird.

U5	Antragssteller*in: UB Wolfenbüttel	Weiterleitung an
	□ Angenommen □ Abgelehnt □ Weitergeleitet_____	

Die von der UN 2015 als „Agenda 2030“ beschlossenen 17 Nachhaltigkeitsziele auf allen Ebenen umsetzen

Alle Gliederungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands setzen sich dafür ein, die von der UN 2015 als „Agenda 2030“ beschlossenen 17 Nachhaltigkeitsziele auf allen Ebenen umzusetzen. Diese Ziele umfassen ökonomische, ökologische und soziale Aspekte sowie deren Verknüpfungen miteinander.